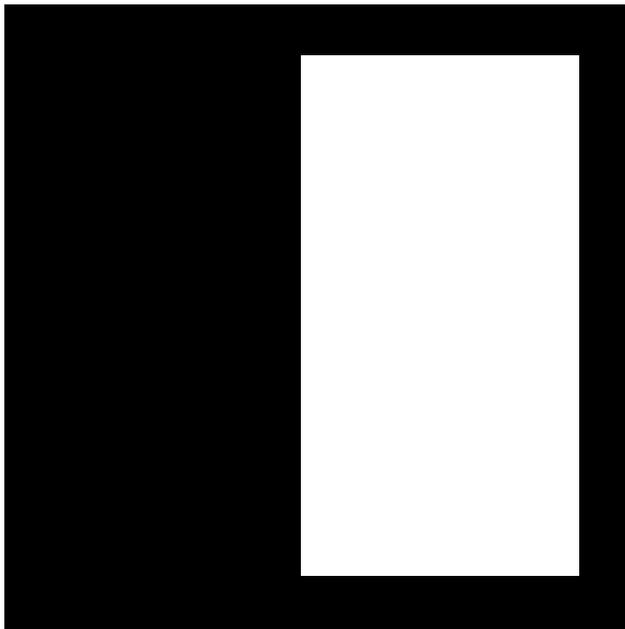


kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



ARBEITSBEDINGUNGEN

SPEKTRUM

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

6 | Juli 2006

Arbeitsbedingungen

Betriebe und Arbeitsbedingungen im Wandel	4
Big Brother im Betrieb	5
Befristete Arbeitsverhältnisse und Prekarisierung im Kunst- und Kulturbereich	8
Gestiegene Leistungsanforderungen im Reinigungsgewerbe	11
Printjournalisten unter Druck	13
Pendeln beeinträchtigt Lebensqualität	15
WanderarbeiterInnen in China	17
Thesen zur neuen Selbstständigkeit	19
Zwischen Unabhängigkeit und Zukunftsangst	21
Die Angst fährt mit	25

Spektrum

Was halten Jugendliche von Entwicklungszusammenarbeit?	27
Armutsgefährdung trotz Arbeit	30

Buchtipps

31

Veranstaltungen

34

Liebe Leserin, lieber Leser!

Vielleicht kennen Sie das: Das Wetter ist prächtig, keine Wolken am Himmel, und Sie würden sich gerne ein paar Tage frei nehmen und mit der Familie, Freunden, Bekannten etwas unternehmen, raus aus der Stadt, der gewohnten Umgebung - wären da nicht: ein bevorstehender Termin, eine dringende Besprechung, die man nicht absagen kann, ein noch nicht abgeschlossenes Projekt, ein unerledigter Akt oder ähnliches. Also gehen Sie - vermutlich nach kurzem Abwägen der Für und Wider - widerwillig an die Arbeit, ziehen die Jalousien herunter, holen die Unterlagen hervor und schalten den Computer ein...

Manche werden Ihnen daraufhin vielleicht wegen Ihrer Selbstdisziplin und hohen Arbeitsmoral Achtung zollen, die meisten werden Sie indes als unverbesserblichen Workaholic abtun und unverständlich den Kopf schütteln, denn: Niemand schafft Ihnen das an, sondern Sie verordnen sich das Arbeitspensum gewissermaßen selbst, insbesondere, wenn Sie als "Neue/r Selbstständige/r" oder "Arbeitskraftunternehmer/in" formal unabhängig agieren und niemanden "über sich" haben. Als Zugewinn an Autonomie kann man das bezeichnen, gekoppelt mit einer Internalisierung von Arbeitsnormen. Denn als "Arbeitskraftunternehmer/in" können Sie die Konsequenzen von deren Nichteinhaltung - spätere Mehrarbeit, Verdienstentgang, Verlust von Aufträgen, etc. - abschätzen, und das genügt in der Regel.

Natürlich sind "Neue Selbstständige", Einpersonenbetriebe - wiewohl stark im Zunehmen begriffen - immer noch die Ausnahme, die Mehrheit der Berufstätigen ist nach wie vor in einem Dienstverhältnis beschäftigt. Doch auch hier hat sich einiges verändert, nicht immer zum Negativen: Die neuen Büros sind im Allgemeinen gut durchlüftet, der Dresscode wurde vielfach gelockert, oft ist man mit der/dem Vorgesetzten per Du. Auch die Fabriken sind weniger düster und lärmefüllt als in früheren Zeiten und die Fabrikarbeit ist weniger schweißtreibend, besser organisiert, (teil)automatisiert. Das ist vielleicht das Erfolgsgeheimnis postfordistischer Modernisierung: dass nach außen hin alles sehr cool, locker, entspannt aussieht, dass die Fassade stimmt. Sieht man etwas genauer hin, erkennt man erste Risse im Gebälk: dass formal Selbstständige in mannigfache Abhängigkei-

ten verstrickt sind zum Beispiel, oder dass trotz des Einsatzes neuer Technologien die Arbeit in vielen Bereichen nicht eben weniger geworden ist. Physische Belastungen mögen abgenommen haben, doch der psychische Druck, der Arbeitsstress, ist vielfach gestiegen. Zwar kann man es sich kaum mehr vorstellen, wie die Arbeitsabläufe vor Einführung von Computer und Internet vonstatten gingen, doch die Informations- und Kommunikationstechnologien haben auch ihre Schattenseiten: So klagen Journalist/innen über die Informationsflut, die via E-Mail und World Wide Web über sie hereingebrochen ist, und generell sind die Möglichkeiten der Überwachung von Mitarbeiter/innen stark gestiegen. Mehr als die Hälfte der österreichischen Unternehmen kontrolliert die E-Mails der Beschäftigten und der Absatz einschlägiger Überwachungssoftware weist eine steigende Tendenz auf (vgl. Beitrag Hauser). Das Klima betriebsinternen Misstrauens, das aus diesen Daten sichtbar wird, konterkariert doch ein wenig das Bild des "freundlichen Unternehmens", das in der Regel nach außen kommuniziert wird.

Doch nicht nur technologische Entwicklungen führen zu Veränderungen in der Arbeitswelt. Die im Reinigungsgewerbe in Deutschland feststellbare Arbeitsverdichtung etwa ist die Folge eines Unterbietungswettbewerbs der Unternehmen, der seinerseits von der öffentlichen Hand maßgeblich mitgestaltet ist: Anstatt wie vormals eine eigene Reinigungsabteilung zu unterhalten, wurden diese Dienstleistungen ausgelagert und öffentlich ausgeschrieben. Den Zuschlag erhält im Normalfall der billigste Anbieter, der diesen Tarif natürlich nur halten kann, wenn er seinen Beschäftigten einen möglichst hohen Output zu möglichst geringer Bezahlung (üblicherweise Kollektivvertrags- bzw. Tariflohn) abverlangt. Analogien zu anderen Branchen in anderen Ländern sind vorstellbar und zulässig. Dem Wettbewerbsprinzip wird auf diese Weise zwar gehuldigt, den Beschäftigten in den betroffenen Sektoren allerdings kein allzu großer Dienst erwiesen, eher im Gegenteil. Qualitätskriterien für Arbeitsplätze (bzgl. Entlohnung, Arbeitszeit, etc.) in die Ausschreibungsbedingungen aufzunehmen, wäre insofern ein möglicher Weg für die öffentliche Hand, für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen, meint

*Ihre
Kontraste-Redaktion*

Betriebe und Arbeitsbedingungen im Wandel

Der Betrieb als Knotenpunkt sozialer und ökonomischer Entwicklungen war Gegenstand des vierten Werkstattgesprächs des Forschungsverbundes Sozioökonomische Berichterstattung in Deutschland.

Wo werden Globalisierung, Informatisierung und Shareholder Value für die Menschen spürbar und wirksam? Wo treffen Individuen, ihre Lebensweisen, ihre Fähigkeiten und ihre Interessen unmittelbar auf die weltweite Logik der Ökonomie, auf Markteinflüsse, Rationalisierung und Managementkonzepte? Das ist nirgends so der Fall wie dort, wo die Menschen arbeiten und wo sie mit Kollegen und Vorgesetzten umgehen: im Büro, in der Werkshalle, beim Projektmeeting, d.h. allgemein gefasst: im Betrieb. Hier ist Gesellschaft "im Normalbetrieb" zu beobachten - und auch "in the making", denn wie in einer Gesellschaft gearbeitet und gelebt wird, bestimmt sich ganz wesentlich im Betrieb. Doch gerade was aktuelle Entwicklungen in den Betrieben betrifft, gibt es große weiße Flecken auf der Landkarte der Wissenschaft. Ein Werkstattgespräch des Forschungsverbundes Sozioökonomische Berichterstattung in Deutschland (soeb.de) befasste sich mit der Frage, wie man "Gesellschaft im Betrieb" besser beobachten, interpretie-

ren und bewerten kann. Der „Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung in Deutschland: Arbeit und Lebensweisen“ arbeitet daran, den Umbruch der deutschen Gesellschaft umfassend zu beobachten und besser zu verstehen. Dabei hat er die "großen" Veränderungen der Wirtschaftsweise ebenso im Auge wie den Wandel der Lebensweise der Individuen - und vor allem den Wandel des Zusammenspiels zwischen beiden. Eine Serie von Werkstattgesprächen dient der Vorstellung von Ergebnissen des bereits vorliegenden ersten Berichts und der Beratung darüber, wie der zweite Bericht aussehen soll. Das vierte Werkstattgespräch am 9./10. Mai 2006 in Göttingen, organisiert vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung - ISF München, zielte auf den Betrieb als "Knotenpunkt", an dem ökonomische und soziale Entwicklungen "zusammengebunden" werden - mit weit reichenden Folgen für die Individuen und die gesamte Gesellschaft.

Eine Auswahl der diskutierten Themen: Die Managementkonzepte lösen sich in den letzten Jahren immer schneller ab, ihre Halbwertszeit wird immer kürzer. Was wird daraus in der Praxis? In der Diskussion stellte sich heraus: So sehr es stimmt, dass viel "heiße Luft" dabei ist - in den letzten zehn Jahren haben sich nicht nur die Großbetriebe, sondern auch kleinere Unternehmen in erheblichem Ausmaß gewandelt. Es müssen Wege und Konzepte entwickelt werden, diese Veränderungen kontinuierlich zu beobachten und in ihrer gesellschaftlichen Tragweite zu bewerten.

Erkundung der Arbeits- und Lebensweisen in Deutschland

Warum stellt sich die Arbeitswelt heute so verändert dar, dass Eltern oft nicht mehr verstehen, was ihre Töchter und Söhne beruflich machen? Gibt es einen Zusammenhang zwischen neuen Arbeitsformen, Berufsverläufen und dem Rollenverständnis von Mann und Frau? Diesen und ähnlichen Fragen widmet sich ein neues Konzept der gesellschaftlichen Berichterstattung, das von vier, im Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung zusammengeschlossenen wissenschaftlichen Instituten erarbeitet wurde und Veränderungen im Verhältnis von Arbeit und privaten Lebensweisen vor dem Hintergrund der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten dreißig Jahren untersucht.

Der Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung besteht aus dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI), dem Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF München), dem Internationalen Institut für empirische Sozialökonomie in Stadtbergen (INIFES) und dem Thünen-Institut für Regionalforschung in Bollewick. Er wird gefördert vom deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms "Bessere Daten für eine bessere Politik" und betreut vom Projektträger in der GSF - Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit. Einen umfangreichen ersten Bericht hat der Verbund 2005 vorgelegt. Der zweite Bericht zu Arbeit und Lebensweisen in Deutschland ist für den Spätsommer 2008 vorgesehen. Auf der Internetseite des Verbundes, <http://www.soeb.de>, werden die Ergebnisse im Zuge der Arbeiten am zweiten Bericht künftig auch für eine breitere Öffentlichkeit aufbereitet.

Beschäftigungssicherheit sinkt

Auf der Tagung vorgestellte Untersuchungen zeigen: Die Stabilität und Sicherheit von Beschäftigung nimmt ab; die Löhne, die Beschäftigte bekommen können, sind heute stärker als früher davon abhängig, in welchem Betrieb man beschäftigt ist. Der Geltungsbereich von Kollektiv- bzw. Flächentarifverträgen verringert sich, der Einfluss der betrieblichen Lohnpolitik nimmt zu. An diesen Entwicklungen sind betriebliche Personal- und Entlohnungspraktiken maßgeblich beteiligt: Die konkreten Entscheidungen über Einstellung, Kündigung und Entlohnung werden zu großen Teilen in den Betrieben getroffen.

Eine Befragung zur Qualität von Arbeit zeigte, dass sichere Beschäftigung und ein existenzsicherndes Einkommen von den Beschäftigten als zentrale Merkmale "guter" Arbeit angesehen werden. Von den realen Arbeitsverhältnissen der Befragten ergibt sich dabei ein eher düsteres Bild: Die drei Bedingungen Einkommen, Entwicklungsmöglichkeiten in der Arbeit und Abwesenheit starker Belastung, die für die Bewertung als "gute Arbeit" prägend sind, werden nur bei einer relativ kleinen Minderheit vollständig erfüllt.

Arbeitszeit ist ein wichtiger "Taktgeber" für gesellschaftliche Zeiteinteilung, und dieser Taktgeber ist im Wandel begriffen: Immer mehr Menschen arbeiten über 40, ja sogar über 48 Stunden in der Woche, teilweise weit länger als vertraglich vereinbart. Anderer-

seits arbeiten immer mehr Menschen Teilzeit, und das mit immer kürzeren Wochenarbeitszeiten. Untersuchungen zeigen, dass es in beiden Gruppen erhebliche Unzufriedenheit gibt: bei den einen, weil die Arbeit zu sehr das "Leben" beeinträchtigt, bei den anderen, weil sie nicht mehr von ihrer Arbeit leben können. Ein genauerer Blick auf Betriebsebene kann Aufschluss darüber geben, wie diese Polarisierung zustande kommt und wie sich die veränderten Arbeitszeiten auf gesellschaftliche Teilhabe auswirken.

Auswirkungen auf die Gesellschaft

Welche Auswirkungen haben die Wandlungen des Betriebs und im Betrieb auf gesellschaftlicher Ebene? Für Ostdeutschland wurde die These vertreten, dass sich eine „fragmentierte Entwicklung“ abzeichnet: Es gibt "Leuchttürme" produktiver Betriebe, die aber kaum auf das allgemeine Beschäftigungs- und Wohlstandsniveau auszustrahlen scheinen – sie ziehen die Region nicht mit. Zugleich gibt es gerade im Zusammenhang der Globalisierung und Informatisierung eine weltweite Renaissance des Fordismus, vor allem in Ländern wie China, wo riesige, hoch arbeitsteilige Weltmarktfabriken entstehen.

Quelle: Fank Seiß: Dort hingucken, wo Action ist – Gesellschaft im Betrieb, www.uniprotokolle.de, 15.05.2006

Big Brother im Betrieb

Technische Überwachung von Beschäftigten bei Internet und E-Mail

Durch die neuen Technologien wandelt sich unsere Kommunikation am Arbeitsplatz. Heute kann theoretisch jeder Schritt eines oder einer Beschäftigten am PC überwacht werden. In der betrieblichen Praxis der Unternehmen wird die Nutzung von Inter- und Intranet sehr unterschiedlich gehandhabt.

Einige Betriebe verfügen über keinerlei Regelungen, andere verhängen Verbote oder kontrollieren durch spezielle Software das Online-Verhalten der Beschäftigten. Immer öfter teilen uns Arbeitnehmer/innen mit, dass sie in ihrer Firma gefragt wurden, warum sie die Telefonnummer der GPA gewählt hätten.

Woher weiß die Firma, welche Telefonnummern von den Beschäftigten angewählt wurden? Systemadministratoren/innen wenden sich an die Interessenge-

meinschaft work@IT der GPA, da der Chef oder die Chefin ihnen den Auftrag gegeben hat, die E-Mails von Beschäftigten an seinen/ihren E-Mail-Account weiterzuleiten, ohne dass die Beschäftigten etwas davon bemerken dürfen.

Um es vorwegzunehmen: Als Mitarbeiter/in in einem restriktiv aufgebauten Unternehmensnetzwerk hat man mit technischen Mitteln praktisch keine Möglichkeiten, sich vor allzu neugierigen Vorgesetzten zu schützen. Nur eine bewusste, verantwortungsvolle Nutzung der Technologie und organisatorische Regelungen (Betriebsvereinbarungen) durch die betriebliche Interessenvertretung (Betriebsrat) können der totalen Überwachung einen Riegel verschieben oder sie zumindest in die Illegalität drängen.

Eine gesunde Paranoia kann also bei der Nutzung von Firmennetzwerken nicht schaden. Darum hat die GPA und ihre Interessengemeinschaft work@IT die Initiative „Rächer der enterbten Daten“ ins Leben gerufen. Diese Kampagne soll helfen, Sie über grundsätzliche

Möglichkeiten der Arbeitsplatzüberwachung und Wege zur Vorbeugung zu informieren.

Warum überwachen Firmen die Online-Aktivitäten von Beschäftigten?

- Um verschwendete Zeitressourcen durch privates Surfen, E-Mails oder Spielen am PC aufzudecken.
- Um die unternehmensinterne Netzinfrastruktur, die durch „Napstern“ (das Tauschen von Musik, Videos im Internet) oft an Kapazitätsgrenzen stößt, zu schützen.
- Zur Aufdeckung von kriminellen Machenschaften am Arbeitsplatz. Firmen befürchten einen Imageschaden, wenn Angestellte rechtsradikale oder pornographische Inhalte in Umlauf bringen.

Schutz von Betriebsgeheimnissen

Es geht aber auch darum, einfach gezielte Informationen über unliebsame Mitarbeiter/innen zu sammeln, die eine fristlose Entlassung oder Maßregelungen oft erst möglich machen. Die Ängste von Unternehmern sind mit ein wenig gutem Willen und Einfühlung in die Interessenlage von Firmen zumindest nachvollziehbar, ihre Konsequenzen in vielen Situationen aber keinesfalls tolerierbar. Aufklärung der Beschäftigten über technische Überwachungsmöglichkeiten ist gefragt, denn die Überwachung ist bereits im Gange. Eine Studie der Firma Hitachi Data Systems beweist:

- Mehr als die Hälfte aller österreichischen Unternehmen kontrolliert die E-Mails der Beschäftigten.
- Weitere 20 Prozent der heimischen Chefs planen, dies in Zukunft ebenfalls zu tun.
- Und mehr noch: 60 Prozent der Firmen archivieren die komplette Cyberpost – immerhin 23 Prozent davon sogar länger als drei Jahre.

Im europäischen Vergleich placiert sich Österreich mit diesen Werten gleichauf mit Deutschland im Mittelfeld. Spitzenreiter sind Spanien (77%), Frankreich (71%) und Polen (67%). Pionier punkto Überwachung bleiben aber die USA. Zwei Drittel der US-Unternehmen mit 1.000 oder mehr Mitarbeiter/innen lassen die E-Mails ihrer Angestellten überprüfen. Es kommt noch schlimmer: Nicht nur spezielle Softwareprogramme überwachen die Internet-Surf-Gewohnheiten der US-Beschäftigten, sondern eigens angestellte E-Mail-Kontrolloren. Mehr als 40 Prozent der Firmen beschäftigen Personal zur Überwachung der elektronischen Korrespondenz.

Begründet werden die immer rigideren Überwachungsmaßnahmen mit zwei Argumenten:

- *Zunahme privater E-Mails:* Durch private Mailnutzung, so die Unternehmen, würden enorme Zusatzkosten entstehen. Wahr ist: Nur 13 Prozent der betrieblichen Post sind private E-Mails. Und bei den heutigen Server-Kapazitäten stellen ein paar Prozent Privatmails kein wirkliches Problem dar. Im Gegenteil: Neueste wirtschaftspsychologische Studien belegen, die Überwachung von Beschäftigten erzielt den gegenteiligen Effekt wie beabsichtigt. Zudem, so der Wirtschaftspsychologe John Haas, „zeigt sich, dass Mitarbeiter, die im Büro private E-Mails versenden dürfen, wesentlich produktiver und motivierter sind.“
- *Virenbedrohung:* Durch private Mails könnten Viren am Arbeitsplatz eingeschleppt werden und die Firma schädigen. Eine etwas krude Logik der Unternehmer. Denn Computer-Viren unterscheiden nicht zwischen privaten und beruflichen E-Mails. Außerdem erfolgen die meisten Attacks durch Würmer, die bestehende Sicherheitslücken im Firmennetzwerk ausnutzen. So liegt der Verdacht nahe, dass viele Chefs nur ein rechtliches Schlupfloch suchen, um Beschäftigte gezielt überwachen zu können. Sei es als Vorwand, um Betriebsgeheimnisse zu schützen oder als Vorwand zur Kündigung unliebsamer Beschäftigter.

Obwohl der geheime Einsatz von Überwachungs- und Spionage-Software in Österreich verboten ist, spricht etwa der kommerzielle Erfolg dieser Produkte Bände.

Datensicherheit am Arbeitsplatz

- *Wer schaut mit, wenn Sie im Internet surfen?*
- *Wer kann noch Ihre Mails lesen?*
- *Wie schütze ich mich vor Datenspionage?*

Diese und andere Fragen zur Datensicherheit am Arbeitsplatz beantwortet die Broschüre „Rächer der enterbten Daten“. Sie informiert über technische Überwachungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz und wie man sich davor schützen kann.

Rächer der enterbten Daten.

Technische Überwachung von Beschäftigten bei Internet und E-Mail

Gratis-Downloadmöglichkeit unter:

www.interesse.at/Content.Node2/channels/it/content/raecher.html

Etwa das Überwachungs-Tool „Spector“: Eigentlich für den Privatgebrauch entwickelt (PC-Kontrolle misstrauischer Eheleute), zeichnet es jede Tastatureingabe auf und fertigt Aufnahmen des PC-Monitors an, die das Surfverhalten belegen. Ein halbes Jahr nach dem Start des Produktes in Österreich und Deutschland wurden bereits 7.000 Installationen durchgeführt – 75 Prozent davon in Firmen. So lautet der Werbeslogan der Firma Spectorsoft: „Alles was sie brauchen, um einen Mitarbeiter loszuwerden.“

Das ganz normale Grauen

Was leistet das „Horrorkabinett“ der Überwachungssoftware?

- Aufzeichnungen aller Tastaturanschläge und von
- Zeiten der Inaktivität
- regelmäßige Screenshots
- Programmstarts
- Kopien aller E-Mails
- Aufzeichnung von Chats
- Erkennen definierter „Schlüsselwörter“ und Alarmierung des Überwachers per E-Mail
- Versand der Überwachungsprotokolle per E-Mail
- Textsuche in den protokollierten Dateien
- Einschalten von Mikrophon und Webcams

Ihr Rächer der enterbten Daten

Zuerst die gute Nachricht: Falls Sie in ihrer Firma einen Betriebsrat haben, hat dieser ein Mitbestimmungsrecht beim Datenschutz. Arbeitgeber dürfen eine Kontrollmaßnahme, welche die Menschenwürde berührt, nur einführen, wenn der Betriebsrat zugestimmt hat. Aber auch wenn die Kontrollmaßnahme nicht die Menschenwürde berührt, braucht sie die Zustimmung des Betriebsrates. In beiden Fällen muss eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden.

In der Betriebsvereinbarung sollte geregelt werden, wie die Anlage genutzt wird, wie die Informationspflicht an die Arbeitnehmer/innen und an den Betriebsrat bei einer allfälligen Änderung der Verwendung der Anlage erfolgen wird, und vor allem wie die Schutzmaßnahmen vor willkürlicher Kontrolle der Arbeitnehmer/innen aussehen. Welche Daten werden wie ausgewertet, wer hat Zugriff auf die Daten, wohin werden sie übertragen (Schnittstellen), wie kann der Betriebsrat die Einhaltung der Betriebsvereinbarung kontrollieren?

Die schlechte Nachricht: In Betrieben, wo es keinen Betriebsrat gibt, obliegt nach der jetzigen Gesetzes-

lage die Einhaltung des Datenschutzes den Beschäftigten selbst. Eine qualifizierte Bekämpfung eines Missbrauches ist nahezu unmöglich. Die GPA möchte dies ändern.

Überwachung der Überwacher

Am 28. November 2005 fand auf Einladung der Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion eine Enquete anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Datenschutzgesetzes in Österreich statt. Einer der Themenblöcke waren die Probleme um die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen am Arbeitsplatz. Der Vorsitzende der GPA, Wolfgang Katzian, sprach sich in diesem Zusammenhang für die zwingende gesetzliche Einrichtung eines Datenschutzbeauftragten in Betrieben aus:

„Die neuen Kommunikationstechnologien haben nicht nur die Arbeit verändert, sondern sie werden zunehmend zur Kontrolle und Überwachung von Beschäftigten eingesetzt. Die Überwachung ist Realität, gültige gesetzliche Bestimmungen werden damit oft umgangen. Dies wären Aufgaben für einen Datenschutzbeauftragten. Die GPA fordert die Bundesregierung auf, die verpflichtende Bestellung eines Datenschutzbeauftragten in privaten Unternehmen gesetzlich zu regeln. Dieser soll unabhängig und weisungsfrei die Einhaltung des Datenschutzes in seinem Betrieb kontrollieren und als Anlaufstelle für Datenschutzangelegenheiten fungieren. Dem Betriebsrat muss ein technischer Zugriff im System zur Ausübung seiner Kontrollrechte ermöglicht werden.“

Diese Forderung von Wolfgang Katzian an die Bundesregierung wurde von verschiedenen europäischen Staaten schon als Notwendigkeit erkannt: So ist in Deutschland in Unternehmen bereits ein Datenschutzbeauftragter zu benennen, wenn mindestens fünf Personen mit der Verarbeitung von personenbezogenen Daten beschäftigt sind.

Am darauf folgenden Tag lehnte der Nationalrat mit den Stimmen der Regierungsparteien die Forderung der GPA nach einer gesetzlichen Verankerung von Datenschutzbeauftragten ab. (...)

Nicholas Hauser

Der Autor ist Sekretär der GPA im Wirtschaftsbereich Interessenvertretung und Ansprechpartner bei work@IT und work@migration. Der Originalartikel ist in Arbeit und Wirtschaft 1/2006 unter dem Titel „Rächer der enterbten Daten. Technische Überwachung von Beschäftigten bei Internet und E-Mail“ erschienen. Wir danken dem Autor für die Genehmigung zum Nachdruck.

Befristete Arbeitsverhältnisse und Prekarisierung im Kunst- und Kulturbereich

Der französische Soziologe Maurizio Lazzarato behandelt in seinem beim flexart-Symposium in Linz gehaltenen Vortrag die Situation der „Intermittents et Précaires d'Île de France“, einer Personengruppe, die in zahlreichen Aktionen an die Öffentlichkeit getreten ist und sich für die sozialen Rechte prekär Beschäftigter im französischen Kunst- und Kulturbereich einsetzt.

Die Analyse der befristeten Arbeitsverhältnisse im Kunstbetrieb kann uns einerseits Auskunft über die Regulierungsmechanismen von stark flexibilisierten und prekären Produktionsbedingungen und Arbeitsmärkten geben, in denen sich Berufsbilder und Kompetenzen sehr schnell ändern, andererseits können wir daraus Informationen beziehen, wie soziale Absicherung funktioniert, wenn längerfristig die Arbeit beständig von mehr oder weniger langen arbeitslosen Zeiten unterbrochen wird.

Die verschiedenen Arten von Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Berufsausübung, die wir bei den befristeten Arbeitsverhältnissen im Kunstbetrieb beobachten, stimmen mit sehr vielen anderen Berufsgruppen (Anwälte, Architekten, Lehrende, Forscher, Journalisten, etc.), die eine strategische Schlüsselposition in der zeitgenössischen ökonomischen Wertschöpfung einnehmen, überein. Flexibilisierung von Arbeit und die neuen Arbeitsverhältnisse haben grundlegende Auswirkungen auf das Arbeits- und das Sozialversicherungsrecht.

Kontext

Ab den 1980er-Jahren entstanden im Kunstbetrieb neue Produktionsformen, neue Arbeitsweisen und neue Ausbildungswege. Diese Periode ist von einem starken Anstieg befristeter Arbeitsverhältnisse und vom Entstehen eines Produktions- und Vertriebsraumes gekennzeichnet, der zwischen der ökonomischen Logik des Kulturbetriebs und den von der Politik gesteuerten staatlichen Institutionen verhandelt wird. Aus einer Vielzahl von kleinen und mittleren Produktionen und Firmen entsteht ein neuer Wirtschaftszweig, dessen Überlebensfähigkeit dadurch bestimmt wird, dass die Kulturschaffenden von unterschiedlichsten Arbeitswelten abhängig

sind (Kulturwirtschaft, Eigenproduktion, Stadtpolitik, staatliche Kulturpolitik).

Neben der Kulturwirtschaft und der staatlichen Politik entsteht ein lokaler und urbaner Kulturbetrieb, der sich am Schnittpunkt zweier Phänomene kristallisiert: der Kommunalpolitik und dem massiven Zustrom der jungen Generationen zu den künstlerischen Berufen.

Die staatliche Arbeitslosenunterstützung hat bei der Entwicklung der neuen Arbeitsbereiche und der Ansiedelung lokaler Kunstbetriebe eine wichtige Rolle gespielt, indem sie über den Umweg des Arbeitslosengeldes die städtische Kulturpolitik finanziell unterstützt hat.

Einige der in den 1970er- und 1980er-Jahren boomenden Branchen wie das Straßentheater oder der neue Zirkus haben trotz der fehlenden finanziellen Kulturförderungen nur aufgrund der von der Arbeitslosenversicherung gewährten finanziellen Unterstützung am Aufschwung und Aufbau dieser Kunstszene teilhaben können. Erst später wurden diese Kunst-Institutionen offiziell anerkannt und in weiterer Folge auch von der öffentlichen Hand gefördert und unterstützt. Dies ist ein für die ganze Branche beispielhafter Fall, bei dem die Entwicklung neuer Produktionsstätten nicht von staatlichen Institutionen gefördert wurde, sondern das nötige Kapital aus dem Topf der Sozialversicherung kam.

Die Spannungen, Reibungen und heterogenen Produktionsbedingungen, die aus der nun doppelten Funktion der Sozialversicherung entstehen, werden auf verschiedene Weise sichtbar. Die Arbeitslosenversicherung stellt sich an den Schnittpunkt von zwei gänzlich unterschiedlichen Prozessen, die aber eng mit einander verbunden sind: Einerseits ist das gestiegene Bedürfnis nach einer Absicherung auf einen auf starker Kostensenkung, Budgetknappheit und Rationalisierung der Arbeitskräfte beruhenden Anstieg der Kunstproduktion im Kunst- und Kulturbetrieb zurückzuführen. Bei diesem wird das Sozialversicherungssystem von den Arbeitgebern missbräuchlich dazu ausgenutzt, de-facto dauerhaft angestellte Kulturschaffende immer wieder befristet anzustellen und so einen Teil der Lohnkosten auf die Arbeitslosenversicherung umzuwälzen. Andererseits verwenden die von Kurzzeitverträgen betroffenen KünstlerInnen, deren Anzahl erheblich gestiegen ist, das Arbeitslosengeld als Mittel, ihren beruflichen Weg und ihre Projekte zu finanzieren. Dabei stoßen sie unweigerlich an die Grenzen der kulturpolitischen Möglichkeiten, die die neu aufkommenden Produktionsverhältnisse begleiten.

Seit dem bei der Unterzeichnung des Reformprotokolls im Juni 2003 in Frankreich ausgebrochenen Konflikt wurden vier Gutachten durchgeführt: Die Gutachten Latarjet, Charpillon, Gourinchas und Guillot. Diese stimmen trotz unterschiedlicher Ergebnisse in einigen Punkten überein: Die Zahl der Kunstschaffenden steigt überproportional im Vergleich zur Produktivität der Branche. Der Konkurrenzkampf am Arbeitsmarkt wird dadurch verschärft und erzeugt eine Verringerung der Zeiten, während derer die Betroffenen angestellt sind. Zudem nimmt das durchschnittliche Arbeitsvolumen pro unetwähliger Beschäftigung ab (sowohl die Anzahl der Verträge wird geringer als auch die Dauer der Verträge kürzer).

Auf diese Weise wird eine unkontrollierte Anzahl von ArbeitslosengeldbezieherInnen erzeugt, ein Resultat der Verschlechterung der Verträge und der illegitimen Nutzung der Arbeitslosenversicherung. Das Defizit der Arbeitslosenversicherung entsteht also aus zwei Faktoren: aus der steigenden Zahl von ArbeiterInnen mit Kurzzeitverträgen und aus der Verlängerung der arbeitslosen Zeiten. Die Arbeitslosenzuschüsse haben hier somit eine andere Funktion als jene, die vom System dafür vorgesehen wurde: Sie unterstützen einen strukturellen Missstand des Kulturmarktes, statt ein normales Arbeitslosigkeitsrisiko abzudecken. Anstatt eines Verdienstersatzes stellen sie somit einen Zusatzverdienst dar.

Zeit der Beschäftigung, Zeit der Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit

Die befristeten Arbeitsverhältnisse veranlassen uns, die binäre Vorstellung aufzugeben, die die Zeitspanne eines Beschäftigungsverhältnisses der Zeit der Arbeitslosigkeit entgegengesetzt. Es handelt sich also darum, die Herausforderung anzunehmen, die befristeten Arbeitsverhältnisse neu zu bewerten, indem diese weder von der Beschäftigung noch von der Arbeitslosigkeit ausgehend definiert werden, sondern die Zeit zwischen zwei Beschäftigungen als "Zwischenzeit" aufgefasst wird – dies als integraler Bestandteil der befristeten Arbeitsverhältnisse.

Was bedeutet arbeiten, produktiv sein, arbeitslos sein in diesen Berufen? Welchen Einfluss hat die Arbeitslosenversicherung auf die Art zu arbeiten, produktiv zu sein und arbeitslos zu sein, bei Menschen mit befristeten Arbeitsverhältnissen?

Der Wert eines Kulturprodukts wird nicht ausschließlich durch die damit verbundene und durch den Vertrag festgelegte Dauer der Beschäftigung gemessen. Er setzt eine Vielzahl von Zeitfaktoren voraus: die

Dauer der erhaltenen und gegebenen Ausbildung, Zeiten, die in die Weiterentwicklung und Verbesserung von sozialen, intellektuellen und künstlerischen Lebensbedingungen investiert werden, Zeiten für die Organisation neuer Projekte, Zeiten für das Ausprobieren und Experimentieren, Zeiten für die Forschung, Zeiten für ehrenamtliche Tätigkeiten, Zeiten für die nötige Erholung und Regeneration. Das ist eine Vielzahl von Zeitfaktoren, die nicht unbedingt in die Zeitspanne der Beschäftigung fallen, aber maßgeblich zum Wert der geschaffenen Kulturgüter beitragen.

Sind die Kategorien Beschäftigung und Arbeitslosigkeit dafür geeignet, alltägliche Berufspraxis im Kunst- und Kulturbetrieb zu definieren? Ist es möglich, die Zeiten zu messen, die zur Beschäftigung, zur Arbeitslosigkeit, oder einfach "zum Leben" zu zählen sind?

Wir gehen von der Hypothese aus, dass die Beschäftigungsdauer nicht dem entspricht, was die Arbeitszeit ausmacht: die Arbeitszeit geht weit über die Beschäftigungsdauer hinaus. Diese Zeitfaktoren können nicht unter einem Schema vereint werden, sie bleiben polyvalent. Die Finanzierung dieser Zeiten, die nicht als eine Last für die anderen Lohnsteuer zahlenden Arbeitnehmer aufgefasst werden darf, stellt vielmehr eine kollektive Investition dar.

Indem sich die weitere Analyse des Phänomens auf die genauere Betrachtung der Zwischenzeiten und der Natur der unetwähliger Beschäftigung konzentriert, versuchen wir die Beschäftigungspraktiken und die Arbeitspraktiken in diesen Bereichen besser zu verstehen, mit dem Ziel, die Effizienz und Angemessenheit der unterschiedlichen Modelle der Arbeitslosenzuschüsse zu beurteilen.

Arbeit geschieht teilweise auf nicht sichtbare Weise. Diese Unsichtbarkeit ist mit der Art der Tätigkeit verbunden. Sie wird aber auch dadurch erzeugt, dass die Tätigkeiten teilweise fast oder ganz unentgeltlich bzw. ehrenamtlich im Rahmen einer Vereinstätigkeit ausgeführt werden, deren Output aber nicht ohne positive wirtschaftliche Auswirkungen bleibt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind sowohl durch die auf der Ebene der bezahlten Tätigkeiten entstandene Wertschöpfung spürbar als auch durch die lokalen wirtschaftlichen Auswirkungen der Tätigkeiten.

Die Ursachen des Defizits müssen also bei den Umwälzungen der Arbeitsverhältnisse gesucht werden, die die alleinige Berechnung der Arbeitslosenbeiträge aufgrund der gearbeiteten Stunden als unzeitgemäß erscheinen lassen. Das Beitragssystem genügt nicht mehr den steigenden und vor allem veränderten Be-

dürfnissen und wurde nicht für die heutigen Arbeitsverhältnisse geschaffen.

Lebenswege / Berufe / Ausbildung / Kompetenzen

Sind Berufskategorien zielführend, um den Kompetenzen und Tätigkeiten von Menschen mit uneteter Beschäftigung Rechnung zu tragen? Sind Vielseitigkeit und Wechselhaftigkeit Randphänomene, Indikatoren eines Mangels an Professionalität oder sind sie Ausprägung einer tiefgreifenden Veränderung der Arbeitsverhältnisse und des Kunstbetriebs?

Wir haben den beruflichen Weg von immer nur befristet angestellten Kunstschaffenden analysiert, indem wir eine Verbindung zwischen der Ausbildung und der Berufslaufbahn einerseits und dem Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung andererseits hergestellt haben.

Die Aus- und Weiterbildung ist ein learning by doing-Prozess, der die Arbeit zum Teil zur Ausbildung macht und die Ausbildung zur Arbeit. Die Erfahrung und Praxis sind essenziell für das Lernen, ein ständiges Ler-

nen, das vor allem von der Vielfältigkeit und der Diversität dieser Erfahrungen profitiert. In diese Kontinuität aus Arbeit und Bildung werden noch Praktika eingeflochten, die für eine große Anzahl an Kunstschaffenden einen wesentlichen Bestandteil der Berufslaufbahn darstellen.

Die Ausbildung in den künstlerischen Berufen, die ständige Erweiterung der Kompetenzen und die Entwicklung von Know-How vollziehen sich unter einem ständigen Wechsel zwischen den verschiedenen Bildungsräumen, indem von einem Arbeitsgebiet zu einem anderen übergegangen wird, indem sich Beschäftigungszeit und Arbeitszeit überschneiden, indem von bezahlten Projekten zu unbezahlten gewechselt wird und vice versa.

Die "Professionalisierung" geschieht also auf eine vielfältige und unterschiedliche Weise und passiert nicht unbedingt durch das Erlangen von staatlich anerkannten Diplomen an Schulen oder in anerkannten Ausbildungseinrichtungen. Spezialisierung und berufliche Vielseitigkeit sind dabei kein Widerspruch im Ausbildungsweg. Weiterbildung besteht der Un-

Projekt FLEXIBLE@ART

Das flexart-Symposium wurde parallel zur gleichnamigen Ausstellung Mitte Mai im Rahmen des Projekts FLEXIBLE@ART abgehalten. Das Projekt versucht, in einem transdisziplinären Forschungs- und Projektzusammenhang zwischen freien KulturträgerInnen/ KulturpraxiologInnen und Sozial- und KulturwissenschaftlerInnen die Transformationen im kulturellen und künstlerischen Feld aufzuarbeiten. Die zentralen Schlagwörter und Begriffe (Prekarisierung, Flexibilisierung, Kreativität, Innovation, Cultural Entrepreneurs, Ich-AG, Creative Industries, etc.) werden hinsichtlich der spezifisch lokalen und regionalen Bedeutung kritisch analysiert und dahingehend aufbereitet, dass damit neue Handlungsoptionen ermöglicht werden. Schwerpunktsetzungen wie Gender, Kulturhauptstadt 2009, aber auch das konkrete Einwirken der Forschungsergebnisse in Curricula, Weiterbildungsmodule, wie auch spezifische Lehrveranstaltungen sollen der Thematik an der Kunstuniversität Linz und darüber hinaus zu einer besonderen Intensität verhelfen.

Die Instrumente des Projekts umfassen sozialwissenschaftliche Theorien und Werkzeuge wie desk-

research, Sekundäranalyse, qualitative Interviews, Gesprächsanalysen, Diskursanalyse, Netzwerkdiagrammatik, Umfeldanalysen auf einer Stufe mit kulturpraxisorientierten und künstlerischen Arbeiten.

Flexible@art ist ein Forschungsprojekt der Kunstuniversität Linz mit zahlreichen ProjektpartnerInnen. Es wird durchgeführt gemeinsam mit dem Institut für Kulturwissenschaften an der Kunstuniversität Linz, der KUPF – Kulturplattform Oberösterreich, dem Forum Freunde und AbsolventInnen der Kunstuniversität Linz, FIFTITU%, LQuA – Linzer Institut für qualitative Analysen, ÖH an der Kunstuniversität Linz, dem Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik an der Johannes Kepler Universität und der Abteilung für Kunst- und Kulturosoziologie an der Universität für Angewandte Kunst in Wien.

Flexible@art hat eine Projektlaufzeit von 18 Monaten (April 2005 bis September 2006) und wird gefördert vom bm:bwk im Rahmen des Forschungsprogramms TRAFO – Transdisziplinäres Forschen Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften.

<http://www.bmbwk.gv.at/forschung/fps/trafo/trafo.xml>; flexart.office@ufg.ac.at; www.ufg.ac.at/flexart

tersuchung zufolge nur teilweise aus Lernerfahrungen in diversen Praktika; sie hängt jedoch stark von den Arbeitserfahrungen ab und kann wie folgt definiert werden: Sie ist eine "ständige Selbstbildung", bei der Lernerfahrungen aus Praktika, Kursen und individuellen sowie kollektiven Arbeitsweisen kombiniert werden.

Paradoxerweise scheint sich das Ausbildungssystem in den künstlerischen Berufen, das aus bunt zusammengewürfelten Dispositiven besteht (institutionalisierte Ausbildung, aber auch eine große Anzahl nicht staatlich zertifizierter Ausbildungen, Ausbildungen "vor Ort", Praktika, Projektteilnahme, nicht professionelle Ausbildungen, autodidaktische Lernprozesse, ...), bestens an die Mobilität und an die Geschwindigkeit der Änderungen und der technologischen und ästhetischen Innovationen anzupassen.

Lehrende Tätigkeiten sind auch oft wesentliche Bestandteile auf dem Berufsweg von unstetig beschäftigten Kunstschaffenden, die so ihr Kompetenzfeld noch weiter diversifizieren. Ob sie weitervermittelt oder konsumiert wird, Bildung zählt zu den wichtigsten Ressourcen, die zum "unsichtbaren" Teil der ausgeübten Tätigkeiten gehören. In den künstlerischen Berufen erfolgt die Bildung kontinuierlich, da Arbeit und Ausbildung miteinander austauschbare Begriffe sind. Bildung beschränkt sich nicht darauf, einen Karrieresprung zu ermöglichen, sondern begleitet die Karriere ständig. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Berufslaufbahn.

Welches Entschädigungsmodell?

Das Benutzen der kategorialen Oppositionen (Beschäftigung/Arbeitslosigkeit, dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis/unstetige Beschäftigung, Gehalt/Zuschuss) erweist sich gemäß unserer Untersuchung als

Gestiegene Leistungsanforderungen im Reinigungsgewerbe

Karen Jaehrling vom Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen untersuchte die Arbeitsmarktsituation in der Gebäudereinigung.

Trotz hoher Arbeitslosigkeit gibt es in einzelnen Bereichen jede Menge Jobs mit "Jedermann-Qualifikation", die nicht besetzt werden können. Sind die Lohnerwartungen zu hoch geschraubt oder fehlt es an der notwendigen Arbeitsmotivation?

ungeeignet, um in kulturelle Produktionsmechanismen regulierend einzugreifen, die durch Hybridisierung, durch eine Mischung aus verschiedenen Zeitfaktoren, durch unterschiedliche Arbeitsbedingungen, durch wechselnde berufliche Rollen und durch Selbstständigkeit gekennzeichnet sind.

Die Unstetigkeit der Beschäftigungsverhältnisse hat einige Fragen aufgeworfen, die über die Produktionsbedingungen des Kulturbetriebs hinausgehen, denn, wenn die Frage nach der Neuordnung des Sozialrechtes für die Arbeiter mit unstetigen Beschäftigungsverhältnissen und wechselnden Arbeitgebern gestellt wird, ist das eine Frage, die das gesamte System der sozialen Absicherung und die Zweckwidmung der Ausgaben des Wohlfahrtsstaates im Kontext der aktuellen wirtschaftlichen Situation betrifft.

Die Schaffung einer neuen sozialen Absicherung und eine Neudefinition der Aufgaben des Wohlfahrtsstaates betrifft die Gesamtheit der Wirtschaft und der Gesellschaft. Einerseits weil sich seit dem Beginn der 1980er-Jahre diese unstetigen Arbeitsverhältnisse auf andere wirtschaftliche Bereiche ausdehnen, andererseits weil die Sozialausgaben nun eine andere Rolle erfüllen als bisher. Sie beschränken sich nicht mehr darauf, wie in der keynesianischen Politik, eine Unterstützung für konkrete Bedürfnisse zu sein, sondern werden zu einer Grundvoraussetzung, welche die Entstehung eines Wirtschaftsprozesses gewährleistet, der Güter für die Allgemeinheit produziert.

Maurizio Lazzarato

Schriftliche Fassung des Vortrags „L'intermittence et la précarité dans le secteur du spectacle“, Kunstuniversität Linz, 12.05.06, in der Übersetzung von David Bogner. Maurizio Lazzarato ist Soziologe und Philosoph, er lebt und arbeitet in Paris.

Das "Mismatch" am Arbeitsmarkt im Bereich der Gebäudereinigung hat die Arbeitsmarktforscherin Karen Jaehrling vom Institut Arbeit und Technik / Wissenschaftszentrum NRW (IAT/Gelsenkirchen) untersucht.

Ihr Fazit: Die Gleichsetzung niedrig entlohnter mit niedrig qualifizierter Arbeit ist weit verbreitet, aber vorschnell. Und: Die hohe Anzahl offener Stellen in der Gebäudereinigung deutet nicht auf Stellenbesetzungsprobleme hin, wie irrtümlich oftmals angenommen, sondern ist in erster Linie auf eine hohe Fluktuation zurückzuführen, die ihrerseits auch Folge einer stetig steigenden Arbeitsverdichtung ist.

Mitgebrachte Qualifikationen und Berufserfahrungen ausgeblendet

Auch bei einfachen Tätigkeiten sind spezifische Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlich, wie beispielsweise soziale Kompetenzen oder auch eine gute körperliche Konstitution, die sich eben nicht "per Crashkurs" vermitteln lassen. Für die Tätigkeiten auf der unteren und mittleren Führungsebene - Vorarbeiter/innen und Objektleiter/innen in der Gebäudereinigung - wird zwar nach wie vor oftmals keine spezifische Berufsausbildung verlangt, wohl aber Berufserfahrung und zum Teil Berufsausbildungen in angrenzenden Bereichen wie im Hotelfach oder in der Hauswirtschaft. "Die pauschale Einordnung von Tätigkeiten mit einer Anlernzeit unter zwei Monaten als "Jederperson-Qualifikationen" ist problematisch, da sie die mitgebrachten Kompetenzen und Berufserfahrungen ausblendet", so Karen Jaehrling.

Im Fall der Raumpfleger/in sehen sich die Unternehmen in der glücklichen Lage, diese Kompetenzen am Markt kaufen zu können, weil sie von vielen Frauen im Rahmen ihrer Berufstätigkeit in anderen Dienstleistungsbereichen oder im Rahmen ihrer Alternativ-Rollen erlernt werden. Längere Suchzeiten bei der Stellenbesetzung gibt es zum Teil bei den Stellen für die untere und mittlere Führungsebene. Sie sind ein Zeichen für die veränderten Qualifikationsanforderungen.

In den letzten Jahren stiegen die Leistungsanforderungen an die Reinigungskräfte in einem Ausmaß, das nicht durch den Einsatz neuer Reinigungstechnik aufgefangen werden kann. "Die steigende Arbeitsbelastung, etwa durch die Heraufsetzung der Reinigungsfläche pro Person und Arbeitsstunde oder Intervallreinigung, hat mittlerweile einen Punkt erreicht, an dem sie zumindest für einen Teil der insgesamt hohen Fluktuation im Bereich der Reinigungskräfte verantwortlich zu sein scheint", stellt die Arbeitsmarktforscherin fest.

Unterbietungswettbewerb der Unternehmen

Diese Leistungs- und Arbeitsverdichtung ist nicht zuletzt Folge des Unterbietungswettbewerbs der Unternehmen. Allerdings werden die Rahmenbedingungen für diesen Wettbewerb maßgeblich von der öffentlichen Hand mitgestaltet: Mit der externen Vergabe der Reinigungsleistungen beeinflusst sie nun als Auftraggeberin der Gebäudereinigungsfirmen die dortigen Arbeitsbedingungen. Wie die befragten Unternehmen beklagen, sind es gegenwärtig insbesondere öffentliche Auftraggeber, die die Leistungsvorgaben

"Die steigende Arbeitsbelastung, etwa durch die Heraufsetzung der Reinigungsfläche pro Person und Arbeitsstunde oder Intervallreinigung, hat mittlerweile einen Punkt erreicht, an dem sie zumindest für einen Teil der insgesamt hohen Fluktuation im Bereich der Reinigungskräfte verantwortlich zu sein scheint."

Karen Jaehrling

in unerreichbare Höhen treiben, indem sie dem jeweils billigsten Anbieter den Zuschlag geben - ungeachtet dessen, ob die angebotenen Leistungen nach Maßgabe des technisch Machbaren und unter Einhaltung des allgemein verbindlichen Lohntarifs realisierbar sind.

Die anhaltende Arbeitsverdichtung verlangt den Raumpfleger /innen die Fähigkeit zu körperlich anstrengender Arbeit unter hohem Zeitdruck ab. Zusätzlich sind sie psychischem Stress oder sogar finanziellen Sanktionen ausgesetzt, wenn sie die Leistungen nicht in der geforderten Zeit und Qualität erbringen. Kündigungen seitens der Beschäftigten, aber auch Kündigungen seitens der Arbeitgeber gehören daher zum Alltag der Gebäudereinigungsfirmen. Die hohe Anzahl offener Stellen geht also wesentlich auf eine hohe Fluktuation zurück, so Jaehrlings Fazit.

Quellen: Jaehrling, Karen, 2004: Wischen in der Wissensgesellschaft. In: Institut Arbeit und Technik: Jahrbuch 2003/2004. Gelsenkirchen; Pressemitteilung Institut Arbeit und Technik, 13.10.2004

Webtipp

Das Vorarlberger Institut für Sozialdienste (IfS) hat eine Erweiterung seines Internetauftrittes vorgenommen. Auf der Startseite <http://www.ifs.at> ist nunmehr ein spezieller Jugend-Button angebracht worden. In diesem Programm werden sämtliche IfS-Angebote für Kinder und Jugendliche in einer jugendgemäßen Sprache vorgestellt.

<http://www.ifs.at>

Printjournalisten unter Druck

Österreichische Zeitungs- und Zeitschriftenjournalisten fühlen sich immer stärker unter Druck gesetzt – vor allem aufgrund der steigenden Informationsflut durch Internet, Politik und Wirtschaft. Das ergab eine Befragung von 300 Vertreter/innen der Branche.

Eine von KommAustria und dem Kuratorium für Journalistenausbildung (KfJ) in Auftrag gegebene Online-Umfrage erkundete die Arbeitsbedingungen der Printjournalisten in Österreich. Ausgewertet wurden für die unter der Leitung des Medienwissenschaftlers Stefan Weber durchgeführte Studie die Angaben von knapp 300 Printjournalisten. Das waren 34 Prozent der angeschriebenen österreichischen Journalisten.

Im statistischen Durchschnitt 2005 ist der österreichische Printjournalist 39 Jahre alt, männlich (60,5%), hat ein Hochschulstudium begonnen (75,7%), häufig jedoch keinen Abschluss (53,4%). In der (relativen) Mehrheit der Fälle ist er bei einer Tageszeitung (42,6%) angestellt, die er selbst eher als Qualitätsmedium (51,2%) einstuft.

Handlungsspielraum wird enger

Hinsichtlich ihrer derzeitigen Arbeitssituation gaben die Befragten an, sich immer mehr in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt zu fühlen. Über 90 Prozent waren der Ansicht, dass der Journalismus "insgesamt weniger autonom" geworden sei, wogegen nur 4,7 Prozent meinten, dass der "Journalismus insgesamt gesehen autonomer geworden ist", 1998 waren es noch 11,5 Prozent.

Druck verspüren die Journalisten vor allem von Seiten der Werbewirtschaft wie auch von der Politik. 58 Prozent der Befragten gaben an, dass die Parteipolitik zumindest teilweise in die Arbeit eingreift, rund die Hälfte vertrat die Ansicht, dass zumindest teilweise "die Werbewirtschaft in zunehmendem Maße die Spielregeln des Journalismus diktiert".

Durch die zunehmende Einflussnahme von PR und Werbewirtschaft verwandle sich der redaktionelle Teil immer mehr zum Produktionsfaktor, heißt es in der Studie weiter. 60,8 Prozent der Printjournalisten müssen zumindest manchmal beim Schreiben einer Geschichte darauf Rücksicht nehmen, dass diese mit PR oder einem Inserat in Zusammenhang steht, jeder siebente muss das sogar regelmäßig tun.

Gestiegene Informationsflut

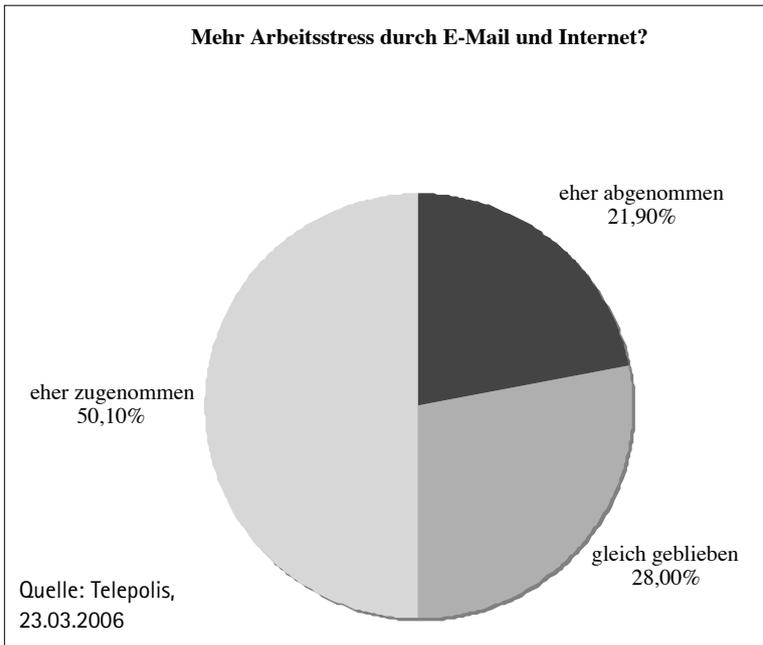
Stark zugenommen haben die Informationsflut und der Zeitdruck. Rund 92 Prozent der Printjournalisten klagen über eine Zunahme der Informationsflut und 75 Prozent über wachsenden Zeitdruck. Insbesondere das Internet macht vielen Journalisten Stress. Jeder Zweite findet, dass durch E-Mail und Internet sein Arbeitsstress zugenommen hat, Männer finden das häufiger als Frauen. Allerdings sagen auch 21,9 Prozent der Befragten, dass der Stress abgenommen hat. Tatsächlich ersparen, so der Internetjournalist Florian Rötzer, die schnelle Kommunikation, der einfache Zugriff auf weltweite Informationen und die vielfältigen Recherchemöglichkeiten im Internet auch manche Mühe, wenn auch sicherlich die Kommunikationsarbeit und der Aktualitätsdruck zugenommen haben.

Immerhin rangiert nach dem "Griff zum Telefon" (70%) beim Beginn einer Recherche die Benutzung von Suchmaschinen mit 60 Prozent an zweiter Stelle. An dritter Stelle steht das Abfragen des APA-Archivs. Im Schnitt verbringen Journalisten fast eineinhalb Stunden täglich mit E-Mail-Kommunikation; im Web werden zusätzlich mehr als eineinhalb Stunden verbracht. Trotz dieses Trends zum Internet glauben zwei Drittel, dass auch weiterhin auf Papier gelesen wird, und 43 Prozent, dass Internet-Publikationen den Printmedien keine große Konkurrenz machen. 44 Prozent glauben nicht, dass künftig "jeder Leser seine eigene, auf seine persönlichen Interessen abgestimmte Zeitung in Händen halten" wird. Dagegen meint eine deutliche Mehrheit, dass Redaktionen in Zukunft "Content gleichzeitig für Print, Rundfunk und Web herstellen" werden.

Weitere Ergebnisse zum Arbeitsalltag der Printjournalisten: Die Tendenz zur Übernahme von unbearbeiteten Textpassagen (Copy-Paste-Journalismus) wurde von den Befragten festgestellt und kritisch kommentiert. Als größtes Manko gaben die interviewten Journalisten das Wegfallen von Korrektoren und Lektoren an. Themenfindung, Recherche und Schreiben machen der Studie zufolge immer noch mehr als die Hälfte der durchschnittlichen Arbeitszeit aus. Die Aneignung dieser Kompetenzen wurden bei Weiterbildungswünschen auch vor diejenige technischer Fertigkeiten gereiht.

Mehr Frauen und Akademiker

Auch in der soziodemografischen Zusammensetzung der Journalist/innen gibt es relevante Veränderungen. Fast 40 Prozent der Journalisten sind Frauen, bei jüngeren Journalisten mit weniger als fünf Jahren



gabe von Quellen ein Warnsignal: "Ist Journalismus nur mehr das, was zwischen gegoogelten Inhalten an Verbindungssätzen Platz hat?" Der von Hausjell kritisierte "Google-Journalismus" ist lediglich das Resultat des permanenten Zeitdrucks in der Branche, findet hingegen Journalistengewerkschafter Fritz Wendl. Trotz der eher tristen Bestandsaufnahme der Arbeitssituation von Journalist/innen hält Wendl diese immer noch für "geschönt", klammere sie doch Arbeitsbedingungen von privaten TV- und Radiojournalisten aus. Die Arbeitsverhältnisse seien bei manchen Unternehmen noch viel schlimmer, bemängelt der Gewerkschafter und fordert von der Politik entsprechende gesetzliche Maßnahmen ein.

Berufspraxis bereits 58 Prozent. 1998 waren erst 32,5 Prozent Frauen. Für die Studienautoren ist dies eine "kleine historische Trendwende". Die Zukunft des Journalismus wird also womöglich nicht nur weiblich sein, auch der Anteil der Akademiker hat stark zugenommen und liegt derzeit bei 46,6 Prozent (1989: 36,1%).

Ein weiterer Trend, der auch gesamtgesellschaftlich vorhanden ist, lässt sich sehr deutlich im Printjournalismus sehen: Die Zahl der festen Arbeitsplätze schrumpft, immer mehr Journalisten müssen mit befristeten Arbeitsverträgen rechnen oder frei arbeiten: Nur noch 62,2 Prozent der Printjournalisten sind fix angestellt, 37,8 Prozent der Befragten sind über einen Werkvertrag (18,6%) oder einen freien Dienstvertrag (19,2%) beschäftigt. Dies hat – wenig verwunderlich – Auswirkungen auf die Gehälter: So geben zwar 31,4 Prozent der angestellten Journalisten an, dass ihre Bezahlung in den vergangenen fünf Jahren besser geworden ist. Bei den freien Dienstvertragsnehmern sind dies nur mehr 15 Prozent, bei den Werkvertragsnehmern nur noch 7,7 Prozent. "Je lockerer bzw. flexibler das Dienstverhältnis, desto schlechter ist die Bezahlung geworden", so die Beobachtung der Studienautoren.

Kritik am "Google-Journalismus"

Dass Journalisten immer häufiger Internet-Suchmaschinen wie Google zu Rate ziehen, ist für den Wiener Publizistikprofessor Fritz Hausjell angesichts des schlampigen Umgangs im Journalismus bei der An-

Quellen: Florian Rötzer: Leiden unter Informationsflut und Zeitdruck, in: Telepolis, 23.03.2006; Journalismus-Studie: Arbeitsdruck nimmt zu, in: science.ORF.at/APA, 24.03.2006; Fast alle Journalisten verwenden Google; www.cpc consulting.net, 02.04.2006

Wie arbeiten Journalisten?

Die Studie "So arbeiten Österreichs Journalisten für Zeitungen und Zeitschriften" bietet erstmals einen konkreten Einblick in den Arbeitsalltag der österreichischen Printjournalisten. Die Leser erfahren, wie die Info-Flut bewältigt wird und wie sich die Textproduktion gewandelt hat. Von der momentanen Dominanz von Google über den Einfluss der Weblogs bis zum Copy-Paste-Journalismus wird hier ein aktuelles Bild der Produktionsweisen von Zeitungs- und Zeitschriftenjournalisten gezeichnet.

*Stefan Weber: So arbeiten Österreichs Journalisten für Zeitungen und Zeitschriften
Schriftenreihe Journalistik des Kuratoriums für Journalistenausbildung, Band 18, Salzburg 2006, 108 Seiten, EUR 9,90*

Pendeln beeinträchtigt Lebensqualität

Ob Stau auf der Stadtautobahn, lange Parkplatzsuche oder veraltete Waggon, Verspätungen und Umsteigen beim Bahnfahren: Zur Arbeit Pendeln bedeutet in der Regel zusätzlichen Stress.

14 Stunden Arbeitsweg für 30 Stunden Arbeit sind keine Seltenheit für Bus-Pendler/innen, die aus Niederösterreich, dem Burgenland oder der Steiermark zur Arbeit nach Wien fahren müssen. Etwa jede siebente Billa-Verkäuferin muss diese erschwerten Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen. Manche davon sind wöchentlich bis zu 54 Stunden unterwegs.

Ein Tag im Leben einer Pendlerfamilie

Eine Ende Mai ausgestrahlte Ö1-Reportage widmete sich dem Alltag von Billa-Pendlerinnen. Eine davon ist Frau M., die in der Nähe von Stegersbach im Südburgenland wohnt. An Arbeitstagen steht sie um viertel vor vier in der Früh auf. Um viertel nach vier setzt sie sich in ihr Auto, zwanzig Minuten später steht sie an der Sammelhaltestelle, wo der Billa-Bus seine Mitarbeiter/innen abholt. Spätabends gegen halb zehn wird sie dort wieder aussteigen und kurz vor zehn daheim ankommen.

Ihr Mann ist dann bereits im zweiten Auto der Familie unterwegs zur Nachtschicht in einem Betrieb in Fürstenfeld. Kommt er aus der Nachtschicht gegen halb sechs Uhr früh zurück, übernimmt er an Tagen, an denen seine Frau in Wien ist, die Kinderbetreuung, weckt die Kinder auf, sorgt dafür, dass sie in die Schule und in den Kindergarten kommen. Anschließend legt sich Herr M. nieder und schläft bis zum frühen Nachmittag. Danach kümmert er sich weiter um die Kinder, bis seine Frau spätabends nach Hause kommt. Die Lücken in der Kinderbetreuung füllt die Schwiegermutter, die gleichfalls in Wien arbeitet.

Rechnung geht nicht auf

Immer mehr Menschen nehmen immer längere Anfahrtswege zum Arbeitsplatz in Kauf. Als Lohn für die Strapazen winken meist berufliche Vorteile wie ein besser bezahlter Job oder eine höhere Wohnqualität, etwa im eigenen Haus. Doch meist geht diese Rechnung nicht auf. Je länger ein Berufstätiger zu seiner Arbeitsstelle fährt, desto niedriger ist seine allgemeine Lebenszufriedenheit, stellten die Ökonomen Bruno Frey und Alois Stutzer vom Institut für empiri-

sche Wirtschaftsforschung der Universität Zürich fest. Bessere Arbeits- oder Wohnbedingungen können also den Stress des Pendelns meist nicht genügend kompensieren. Beispielsweise müsste das Gehalt um vierzig Prozent zunehmen, um eine Pendeldauer von einer Stunde pro einfache Strecke auszugleichen, berechneten die beiden Schweizer Ökonomen.

Psychosomatische Beschwerden

In die gleiche Kerbe schlägt Norbert Schneider, Professor für Soziologie an der Universität Mainz. Laut seiner elaborierten Studie zur Berufsmobilität bringt die tägliche Fahrerei massive seelische und körperliche Belastungen mit sich - für den Berufstätigen selbst wie auch für seine Familie. So leiden Langstreckenpendler viel mehr unter psychosomatischen Beschwerden als Arbeitnehmer mit kurzen Arbeitswegen. Die Beeinträchtigungen reichen von Kopf- und Rückenschmerzen bis hin zu Magen-Darm-Beschwerden und Bluthochdruck. Auch Schlafstörungen, Tagesmüdigkeit und Konzentrationsprobleme kommen bei Fernpendlern gehäuft vor.

Dazu gesellen sich handfeste körperliche Erkrankungen. Pendler, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen, leiden besonders häufig unter Infekten, während bei Autofahrern mit langen Wegen die Arthrosegefahr zunimmt. Norwegische Wissenschaftler fanden zudem heraus, dass Berufspendler schlechtere Zähne haben: Die Betroffenen finden kaum die Zeit, gründliche Gebissanierungen vornehmen zu lassen und geben sich eher mit Notreparaturen zufrieden.

Stress

Dass zur Arbeit Pendeln krank und müde macht und Stress verursacht, ist auch das zentrale Ergebnis der AK-Studie „Überfordert durch den Arbeitsweg?“. Nach Wien pendeln täglich mehr als 190.000 Arbeitnehmer/innen, bundesweit sind es 1,8 Millionen. Die meisten Pendler brauchen im Schnitt täglich eine Stunde zur Arbeit und wieder nach Hause. Das sind in einem Jahr fünf Wochen reine Fahrzeit, während der sich die Betroffenen nicht entspannen können.

In der Untersuchung der AK Wien wurden die Ergebnisse von drei Pendler/innenbefragungen verglichen: einer Studie aus dem Jahr 1999, einer aus 2001 sowie einer aktuellen Befragung der Universität Wien. Am meisten gestresst zeigten sich Arbeitnehmer/innen, die täglich mit dem Auto zur Arbeit fahren. 39 Prozent gaben an, auf dem Weg ins Büro „eher hohen Stress“ zu verspüren.

Wie hoch ist der Stress am Arbeitsweg?

	Fußgänger/Radfahrer	PKW-Fahrer	Bahn-/Busbenützer	Öffi-Benützer Wien
gar kein Stress	44	20	15	28
eher niedriger Stress	41	41	54	53
eher hoher Stress	16	39	31	19

Angaben in Prozent (Spaltenprozente)

Quelle: ÖGB-Nachrichtendienst Nr. 3281

Warum das so ist, erläutert Peter Schmidt von der steirischen Ärztekammer: „Es ist eine ständige Überbelastung; durch den Straßenverkehr am Weg zur Arbeit ist man immer in einer Alert-Situation. Das heißt, man hat einen erhöhten Stress-Level, wenn man in die Arbeit kommt, und bei der Arbeit kann man sich auch nicht entspannen.“

Bahn- und Busbenützer/ innen waren der AK-Studie zufolge immerhin noch zu 31 Prozent gestresst. Weniger Stress verspürten Nahpendler/innen: U-Bahn und Bus-Benutzer/innen zu 19 Prozent und Fußgänger und Radfahrer/innen bloß zu 16 Prozent.

Getrennte Lebenswelten

Neben der Gesundheit bleiben auch andere wichtige Dinge auf der Strecke - Familie, Hobbys und Freunde beispielsweise. Mit den Kindern ausgiebig spielen oder als Paar gemeinsame Interessen pflegen, dafür bleibt kaum noch Zeit. Hinzu kommt die quälende Erfahrung, dass sich getrennte Lebenswelten entwickeln, wodurch sich Pendler oft in der eigenen Familie als Fremde fühlen.

Am Anfang einer Pendlerkarriere steht meist die Überlegung: "Ich mach das jetzt einmal für ein oder zwei Jahre und dann sehe ich weiter." Oft stellt sich diese Vorstellung jedoch als illusorisch heraus. Die Macht der Gewohnheit, chronische Zeitknappheit und Energiemangel verhindern dann die Suche nach besseren Lösungen. Oft können sich Fernpendler aber auch gar keine Alternative zum Status quo vorstellen. Auf lange Sicht wäre allerdings ein Jobwechsel oder Umzug die bessere Entscheidung, so das Fazit der Pendlerstudie des Mainzer Soziologen Norbert Schneider.

Fehlende Arbeitsplätze in der Region

In manchen Regionen bleibt allerdings nur das Wegziehen als Alternative, da lokale Arbeitsplätze Mangelware sind. "Wir hätten nicht gedacht, dass wir einer Fließbandarbeit einmal so nachweinen werden", erklärt etwa die Vorsitzende des ÖGB Burgenland,

Sylvia Gartner gegenüber der Ö1-Reporterin Elisabeth Ohnemus, und spricht damit einen grundlegenden Strukturwandel am burgenländischen Arbeitsmarkt an, der vor allem Frauen trifft. Industriebetriebe, die sozial abgesicherte Vollzeit-Arbeitsplätze zu geregelten Zeiten geboten haben, siedeln ab oder reduzieren die Zahl ihrer Beschäftigten.

Es wurden zwar neue Arbeitsplätze vor allem im Tourismus geschaffen, diese „liegen aber im Niedriglohnbereich. Es sind Arbeitsplätze, die sehr viel Flexibilität erfordern: Samstagarbeit, Sonntagarbeit, Arbeit bis in die späten Abendstunden. Die Frauen arbeiten als Stubenmädchen, als Küchenhilfen, als Servierhilfen," so Sylvia Gartner. Ähnlich sei die Situation im Handel: 900 Arbeitsplätze seien im Outletcenter Parndorf auf einen Schlag geschaffen worden, allerdings fast ausschließlich Teilzeitarbeitsplätze. Im Lebensmittel-Bereich bekomme man fast nur noch 12 oder 18 Stunden angeboten.

Man gewöhnt sich...

Da versteht man die Motivation der Wien-Pendler/ innen: Bei Billa haben sie dort 30 garantierte, geregelte Stunden Arbeit die Woche, der Transport dauert zwar lange, ist aber organisiert und kostenfrei. Dennoch: Der Verdienst für eine 30-Stunden-Kraft im Handel beträgt derzeit laut Kollektivvertrag im dritten Berufsjahr 877,80 Euro, nach zehn Jahren sind es 1.023 Euro; üppig ist das nicht gerade. In der Ö1-Reportage sprechen die Pendlerinnen trotz allem nicht von Unrecht oder Mühsal. Selbst die ausgedehnten täglichen Reisezeiten scheinen sie nicht zu belasten: Man kennt nichts anderes, man gewöhnt sich. (hs)

Quellen:

Unterwegs mit den Billa-Frauen, oe1.orf.at, 25.05.2006;
 Pendeln. Weg der Leiden, sueddeutsche.de, 22.03.2005;
 Stress macht Pendler krank, steiermark.orf.at, 18.02.2004;
 Überfordert durch Arbeitsweg? ÖGB-Nachrichtendienst Nr. 3281, 16.02.2006

WanderarbeiterInnen in China

Die arbeits- und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen in China mit besonderem Augenmerk auf die Situation der WanderarbeiterInnen waren Gegenstand einer Diskussion mit Apo Leung und Ka Wai Chan im Dezember 2005. Apo Leung ist Executive Director des Asia Monitor Resource Centre, Ka Wai Chan ist Associate Director des Hong Kong Christian Industrial Committee, einer NGO, die sich für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen in China einsetzt. Die Diskussion fand im Rahmen einer von „weltumspannend arbeiten“ organisierten China-Woche im AK-Bildungshaus Jägermyrhof in Linz statt.

Was sind WanderarbeiterInnen?

WanderarbeiterInnen sind LandbewohnerInnen aus dem westlichen Inland, die in die Städte auswandern. Dieser Trend wurde auch von der Chinesischen Regierung beobachtet. Um den massenhaften Zuzug von LandbewohnerInnen einzudämmen, wurde ein Registrierungssystem geschaffen, das es den Bauern verbietet, sich in den Städten registrieren zu lassen.

Diese Regelung hat den Zuzug aber nicht wirklich unterbunden und hat massive Auswirkungen auf das Leben dieser Zuwanderer (migrant workers). Sie arbeiten und wohnen in den Städten, dürfen aber in keiner Weise am öffentlichen Leben partizipieren. Kinder dürfen dort nicht in die Schule gehen, sie haben keinerlei Ansprüche auf Sozialleistungen usw.

Insgesamt gibt es 120 Millionen WanderarbeiterInnen, zehn bis zwölf Millionen leben in Quandong. In Quandong war die erste Welle der Ansiedelung von Exportunternehmen, dort befinden sich auch heute noch viele arbeitsintensive Produktionsstätten, die vor allem billige, unqualifizierte Arbeitskräfte benötigen. Dort sind die Löhne im Vergleich zu anderen Gegenden sehr niedrig und in den letzten zehn Jahren hat es auch keine Lohnsteigerung gegeben.

Unternehmen, die besser ausgebildete Arbeitskräfte benötigen, siedeln sich eher in der Region Shanghai an – dorthin wandern auch besser ausgebildete Arbeitskräfte. Das heißt aber wiederum, dass sich die Firmen, die sich in Quandong niederlassen, nicht weiterentwickeln und auch nicht an der Weiterbildung

ihrer ArbeiterInnen interessiert sind. Brauchen sie besser ausgebildete Arbeitskräfte, wandern sie nach Shanghai aus.

WanderarbeiterInnen werden ca. alle fünf bis sechs Jahre ausgetauscht. Sie kehren aber selten in ihre Dörfer zurück, um ihr Gesicht nicht zu verlieren, sondern nehmen noch schlechter bezahlte Jobs unter noch schlechteren Arbeitsbedingungen an. Wenn auch das nicht mehr möglich ist, bleiben sie erwerbslos, aber auch ohne Arbeitslosenanspruch in den Städten zurück.

Wie sieht der Arbeitsalltag von WanderarbeiterInnen aus?

Man kann sich die Fabriken wie Militäranlagen (oder gar Konzentrationslager) vorstellen: Schlaflager in den Fabriken, in der Früh gibt es militärisch geführte Morgengymnastik, Sicherheitsbeamte durchsuchen die ArbeiterInnen beim Verlassen der Fabrik nach eventuell gestohlenen Waren, Sicherheitskräfte überwachen das Firmen- und Schlafarial, um illegale Versammlungen zu verhindern.

Der gesetzliche Acht-Stunden-Tag ist eher ein zehn bis zwölf oder mehr-Stunden-Tag, bei Krankheit werden die Gehälter gekürzt. In manchen Firmen (z.B. Motorola) müssen die ArbeitnehmerInnen ein Deposit (Kautions) von 10.000 Dollar zahlen, um überhaupt dort arbeiten zu dürfen – für den Fall, dass sie vertragsbrüchig werden, kann sich die Firma das Geld einbehalten. Die „Ausbildung“ gleicht eher einer Indoktrination (unsere Firma ist gut, ihr habt es gut usw.)

Meist müssen beide Elternteile als WanderarbeiterInnen tätig sein, weil ein Gehalt nicht ausreicht, um die



Apo Leung,
Executive
Director des
Asia Monitor
Resource
Centre, bei
der Diskussion
in Linz.

Familie im Dorf ernähren zu können. Deshalb bleiben die Kinder oft allein zurück (bei den Großeltern). In den Dörfern ist die Schulbildung schlecht bis gar nicht vorhanden, Angehörige der Großeltern-Generation sind durchwegs Analphabeten. Wenn ein Kind eine Ausbildung bekommt, sind das immer die Burschen, Mädchen werden schon mit 16 oder noch früher als Wanderarbeiterinnen in die Stadt geschickt.

Was tun NGOs zur Verbesserung der Situation von WanderarbeiterInnen?

NGOs arbeiten nun viel an der Bildung der Landbevölkerung, bevor diese noch in die Städte abwandern. Da diese NGOs aber meist illegal agieren (siehe unten), sind diese Schulen auch illegal und meist nur kurze Zeit existent.

Ein Beispiel: Ein Mann bittet Ka Wai um Hilfe. Er ist an Silikose erkrankt (eine schwere Lungenkrankheit) und kann seiner Arbeit nicht mehr nachgehen. Er wird zum Pflegefall – deshalb kommt seine Frau in die Stadt, um ihn zu pflegen. Sie müsste aber auch noch arbeiten, um ein neues Familieneinkommen zu erwerben. Die Großmutter bleibt bei den Kindern, wird aber auch krank und kann sich nicht mehr alleine um die Kinder kümmern. Ka Wai schickt die Frau zurück ins



Arbeiterinnen einer Schuhfabrik in Shenzhen

„Made in China. Was steckt dahinter?“

Mit der Dokumentation des Symposiums in Linz vom 30.11./1.12.2005 bietet weltumspannend arbeiten ein fundiertes Informationspaket rund um China zu Wirtschaft, Kultur und Gewerkschaftsbewegung. Thematisiert werden unter anderem Chinas Aufstieg zur wirtschaftlichen und politischen Weltmacht, die Direktinvestitionen, Exporte nach und Importe aus China, die gewerkschaftliche Kooperation Österreich-China, der Kampf und die Massenproteste der chinesischen ArbeiterInnen, die Situation in der chinesischen Textilindustrie, die Erfahrungen mit Verhaltenskodizes in der Spielzeugbranche und vieles mehr.

Die Dokumentation kann unter Tel. 0732 / 654784, über www.weltumspannend-arbeiten.at oder per Mail an Corina.Handler@oegb.at zum Preis von 15 Euro bestellt werden.

Dorf zu ihren Kindern und kann (zumindest als Überbrückung) 600 Dollar bekommen. Dies soll die Familie ein Jahr lang über die Runden bringen. Ausbildung für die Kinder ist darin aber wohl kaum enthalten...

Wie funktioniert Medienarbeit in China und welche Vorstellung von Demokratie haben die beiden?

Wichtig ist ihnen, dass kein Modell der westlichen Welt den Chinesen einfach als das Richtige übergestülpt werden kann. Es gilt die Demokratie nach bestimmten, als wichtig erachteten Indikatoren zu messen: Wahlfreiheit – Versammlungsfreiheit – Medien- und Meinungsfreiheit.

Die Medien sind in den letzten 20 Jahren viel offener geworden. Es gibt viel Sympathie in der Berichterstattung für ArbeiterInnen und Kinder. Medien berichten und haben die Macht, Verhältnisse zu verändern – dieser Trend muss noch verstärkt werden

Gibt es Arbeitslosenunterstützung und Pensionsvorsorge?

Es gibt eine Arbeitslosenversicherung – ist diese unterhalb der Armutsgrenze, bekommt man staatliche Unterstützung (Aufstockung). Es gibt auch „Arbeitspausen“ von bis zu drei Jahren – man ist immer noch Mitarbeiter der Firma. Es gibt auch eine Pension (60 – 80% des letzten Einkommens), vor allem im staatlichen Bereich. Für WanderarbeiterInnen gibt es jedoch weder einen Arbeitslosen- noch einen Pensionsan-

spruch. Sie wissen oft nicht einmal etwas mit dem Wort anzufangen, sehen keine Zukunft im Alter und denken auch nicht daran.

Wie kann ein Betriebsrat in Österreich kontrollieren, dass in der eigenen Firma in China faire Arbeitsbedingungen herrschen?

CSR (Corporate Social Responsibility) ist ein gutes Instrument – wichtig ist aber die Einhaltung der Abkommen. Deshalb müssen sich NGOs und Gewerkschaften in Österreich und China stärker vernetzen – CSR ist nur so gut wie deren Kontrolle!

Die Masse ist arm und hat wenig Unterstützung: Ist es ein Fehler, weiter in China zu investieren?

Ausländische Investoren sind zu befürworten, aber im Moment verlieren auf beiden Seiten (China und Österreich/Europa) die ArbeitnehmerInnen. Es kommt zu einer Spaltung der Arbeiterschaft, was wiederum das Solidaritätsgefühl beeinträchtigt.

ArbeitnehmerInnen befinden sich im Moment in einer loose-loose-Situation: In Europa verlieren sie ihre Arbeitsplätze und Arbeitsstandards, in China verbessern sich aber die Arbeitsbedingungen nicht. Die Antwort für beide Seiten kann nur internationale Solidarität sein, auch wenn das keine simple Lösung mit einfachen Antworten ist. Ein wichtiges Instrument ist si-

cher der Informationsaustausch unter den ArbeitnehmerInnenbewegungen.

Wie frei können sich NGOs und Gewerkschaften in China bewegen?

NGOs in China sind ausschließlich Hilfsorganisationen. Das kommt daher, dass in China alle NGOs von der Regierung anerkannt sein müssen, um legal operieren zu können. Die chinesische Regierung weiß um die Probleme der armen Menschen, ArbeitnehmerInnen, Wanderarbeiter usw. Bescheid, sieht das aber als notwendiges Opfer, das China bringen muss, um am Weltmarkt partizipieren zu können.

Viele NGOs werden deshalb nicht anerkannt, arbeiten illegal bzw. haben ihren Sitz nicht in China, sondern arbeiten z.B. von Hongkong aus. Diese Erschwernis bedeutet aber eine Einschränkung der Zivilgesellschaft. NGOs wie die von Apo Leung und Ka Wai Chan vertretenen sehen es deshalb als Hauptaufgabe an, Basis und Platz für die ArbeitnehmerInnen zu schaffen, damit diese für ihre Rechte kämpfen können. Sie sehen sich als Wegbereiter.

Quelle: Fakten Et Impulse April 2006. Wir danken Corina Handler von „weltumspannend arbeiten“ für die Genehmigung zum Nachdruck (geringfügig veränderte Fassung).

Thesen zur neuen Selbstständigkeit

Der anhaltende Trend weg vom traditionellen Dienstverhältnis hin zu einer Auslagerung der Tätigkeiten an sogenannte neue Selbstständige war Thema einer Veranstaltung, die Anfang Juni im Linzer Berufsförderungsinstitut stattfand.

Geladen war der italienische Soziologe Sergio Bologna, bekannt durch seine These von der Zerstörung der Mittelschichten (so der Titel seines aktuellen Buches; siehe Kasten) und vom parallel dazu erfolgenden Aufstieg des Prekariats. Passend dazu prangte auf der Leinwand zu Beginn der Veranstaltung das Bild von „San Precario“ – dem fiktiven Schutzheiligen der über Werkverträge, freie Dienstverträge oder anderweitig prekär Beschäftigten. Bologna konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf die neuen Selbstständigen, basierend auf den italienischen Erfahrungen.

Strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft

Dass diese neuen Formen von Selbstständigkeit in den letzten Jahren massiv zunahmen – in Italien machen die „alten“ und die „neuen“ Selbstständigen zusammen genommen bereits ein knappes Drittel (27,6%) aller Arbeitskräfte aus –, führt Sergio Bologna auf strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft zurück: Während früher zentralisierte Betriebe vorherrschend waren, die möglichst viel in ihren Hallen produzierten, dominieren heute sogenannte Netzwerkunternehmen. Diese lagern aus Rentabilitätsgründen möglichst große Teile ihrer Wertschöpfung an Dritte aus. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, mit deren Hilfe dezentrale Arbeit noch besser realisiert werden kann. War im Fordismus die Massenproduktion in Großunternehmen das Leitmodell, tritt heute zunehmend der Einpersonenbetrieb in den Vordergrund, der, ausgerüstet mit Handy und Laptop den abgespeckten Großunternehmen zuarbeitet. Kennzeichen dieser Entwicklung sind die „Domestikation der Arbeit“, d.h. Arbeit und Privatleben vermischen sich

zusehends, sowie die Entkoppelung von Arbeitszeit und Entlohnung. Neue Selbstständige arbeiten im Durchschnitt länger als abhängig Beschäftigte, da sie nicht nach Stunden bezahlt werden, sondern für die Erfüllung des jeweiligen Auftrags. Formell besteht eine symmetrische, via Handelsrecht geregelte Beziehung mit den Auftraggebern, real liegt aber aufgrund der strukturellen Gegebenheiten (wenige Auftraggeber/innen im Zentrum des Wirtschaftsgeschehen – viele potentielle Auftragnehmer/innen an der Peripherie) ein asymmetrisches Verhältnis vor.

Wie eine adäquate rechtliche Regelung dieser Beziehungskonstellation aussehen kann, ist eine ungelöste Frage. Das traditionelle Arbeitsrecht, das aus der fordistischen Ära stammt und auf entsprechende Arbeitsverhältnisse und -beziehungen abgestimmt ist, greift Bologna zufolge hier zu kurz. Denn neue Selbstständige sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem, der klassische Interessensgegensatz zwischen beiden Gruppen hebt sich hier bis zu einem gewissen Grad auf bzw. wird er durch den Antagonismus Auftraggeber – Auftragnehmer überlagert.

Die Situation der neuen Selbstständigen enthält für Bologna auch positive Aspekte, d.h. sie eröffnet Chancen und Freiräume, die genutzt werden können. Selbstständigkeit sei nicht immer Zwang, sondern vielfach freiwillig gewählt. Allerdings räumte der Soziologe ein, dass sich in Italien viele erst nach mehreren erfolglosen Versuchen, eine abhängige Beschäftigung zu finden, zur Gründung einer eigenen Firma entschlossen haben.

Die mit dieser Entwicklung einhergehende Gefahr sei die einer zunehmenden Atomisierung der Gesellschaft. Denn Selbstständige denken individualistisch, blicken häufig nicht über den Tellerrand des eigenen Unternehmens hinaus. Notwendig sei indes eine mutuelle Verflechtung, um durchaus vorhandene gemeinsame Interessen, z.B. gegenüber Auftraggebern oder staatlichen Behörden, kollektiv zu vertreten. Solche Netzwerke wären auch die Basis für einen wechselseitigen Austausch von Erfahrungen und Kompetenzen. Aus einer derartigen Kooperation könnte, meint Bologna, eine neue Form der Solidarität entstehen. Dahingehende Ansätze seien in Italien bereits zu beobachten.

Stabile Strukturen notwendig

Der zweite Referent des Abends, der Wiener Soziologe Harald Katzmaier (FAS.research), konnte von ähnlichen Trends in den USA, konkret in San Francisco, berichten, wo eine „Wiederkehr der Kooperativen“,

etwa bei Friseuren oder Internet-Providern, feststellbar sei und sich Einzelunternehmer/innen teilweise zu gemeinsamen Firmen zusammenschließen. In Österreich sei dies noch zu wenig ausgeprägt. Katzmaiers Untersuchungen zufolge sind die Netzwerke von Mikrounternehmen zu wenig stabil, aufgrund der hohen Arbeitsintensität kommt eine kontinuierliche „Beziehungsarbeit“ bei vielen Einpersonenernunternehmen zu kurz. Diese sei aber notwendig, da sich bestehende Beziehungen in der Regel abnutzen, und sich dann massive Probleme ergeben, wenn z.B. ein – wichtiger – Auftraggeber aus welchen Gründen auch immer ausfällt. Nur wenigen gelingt es, stabile und diverse Strukturen zu schaffen, die einen in einer derartigen Krisensituation auffangen können. Die Folgen der „Do it alone“-Mentalität seien vielfach Burn-Out, Depres-

Die Zerstörung der Mittelschichten

Das "Normalarbeitsverhältnis" mit unbefristeten Verträgen und fixen Arbeitszeiten stellt zwar noch für die Mehrheit der Beschäftigten die Realität dar, dennoch sind die "flexiblen" Arbeitsverhältnisse im Ansteigen begriffen: Neue Selbstständige, Arbeit auf Werkvertragsbasis, freie DienstnehmerInnen.

Der Mailänder Soziologe, Unternehmer und Berater Sergio Bologna untersucht dieses Phänomen seit vielen Jahren. In den neunziger Jahren stellte er zehn Thesen zur selbstständigen Arbeit auf, in denen er die Zeit- und Raumwahrnehmung, die Schwierigkeiten beim Einstieg und beim Weitermachen, die berufliche Identität, die rechtliche, institutionelle und steuerliche Situation der selbstständigen Arbeit analysierte.

Aufgrund der Krise der New Economy und der steigenden Bedeutung der "Wissensarbeit" hat Bologna nunmehr eine elfte These formuliert, die er in seiner aktuellen Publikation „Die Zerstörung der Mittelschichten“ näher ausführt. Er geht darin auf die Krise der italienischen Wirtschaft und die bewusste Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen der Mittelschichten, aber auch auf mögliche Auswege aus der Beschäftigungskrise ein.

Sergio Bologna: Die Zerstörung der Mittelschichten Thesen zur neuen Selbständigkeit, 150 Seiten Verlag Nausner & Nausner 2006, EUR 19,00 (D)

sionen und soziale Isolation. Katzmair sieht es deshalb als Aufgabe der Politik an, den Aufbau stabiler Strukturen zu unterstützen. Die Cluster-Bildung in der Wirtschaft hält er für einen viel versprechenden dahingehenden Ansatz. Durch Vernetzung könnten Kleinunternehmen zudem Subzentren schaffen und so das Machtgefälle gegenüber Großunternehmen und Oligopolen reduzieren.

Neue Selbstständige in Österreich

Zahlen zur Situation in Österreich präsentierte Moderatorin Sigrid Brandstätter (OÖN) zu Beginn der abschließenden Podiumsdiskussion. Aktuell gibt es hierzulande rund 35.000 bei der Gebietskrankenkasse versicherte neue Selbstständige, die ein breites berufliches Spektrum abdecken - „von der Vortragenden bis zum Go-Go-Girl“. Dazu kommen die von der Wirtschaftskammer vertretenen Einpersonenernehmen (EPU), die derzeit rund die Hälfte aller Firmen ausmachen. Bei Neugründungen stellen sie allerdings die überwiegende Mehrheit dar: Jedes Jahr werden ca. 3.000 EPU gegründet, ein Teil davon von zuvor Arbeitslosen, die ein entsprechendes Angebot des Arbeitsmarktservice in Anspruch genommen haben. Dieses sei, so der Leiter des AMS Oberösterreich, Roman Obrovsky, ein von einer Unternehmensberatungsfirma durchgeführtes „Crash Programm“, dessen Erfolge sich sehen lassen könnten: 73 Prozent der ehemaligen Teilnehmer/innen sind nach fünf Jahren noch immer selbstständig, mehr als der Durchschnitt aller Unternehmensgründer/innen.

Der oberösterreichische Arbeiterkammerpräsident Johann Kalliauer wies darauf hin, dass neue Selbstständige nur *eine* Form der Prekarität - neben Teilzeit-, geringfügig, befristet Beschäftigten usw. - darstellen.

Zwischen Unabhängigkeit und Zukunftsangst

Arbeiten in der Wiener Kreativwirtschaft

Die Creative Industries (CI) haben in den letzten Jahren großes öffentliches Interesse erlangt, vor allem wegen des ökonomischen Potenzials und der erwarteten Beschäftigungsdynamik. Ein wichtiger Impuls kam von der Europäischen Kommission (1998), die ein Beschäftigungspotenzial von mehr als vier Millionen Arbeitsplätzen für die CI in Europa prognostizierte. Die Zahl der einschlägigen österreichischen Studien

In rund 60 Prozent der Fälle liege außerdem keine wirkliche Selbstständigkeit vor, sondern ein „Umgehungsgeschäft“. Um diesen Missstand abzustellen, plädiert Kalliauer dafür, die entsprechenden Vertragsverhältnisse, etwa durch höhere Sozialabgaben, „teurer zu machen“. BFI-Direktor Gruber machte darauf aufmerksam, dass es in vielen Bereichen durchaus Handlungsspielräume gäbe: So sind beispielsweise Tagesmütter in Niederösterreich als freie Dienstnehmer/innen beschäftigt, in Oberösterreich hingegen angestellt. Dass im eigenen Bereich teilweise mit freiberuflichen Trainer/innen gearbeitet wird, begründet er zum einen damit, dass viele diese Tätigkeit im Nebenberuf ausüben, zum anderen mit restriktiven Vorgaben seitens der öffentlichen Auftraggeber (Stichwort: Vergabegesetz), die Kostenminimierungsstrategien erforderlich machen würden.

Weitgehend einig war man sich darüber, dass eine kollektive Interessensvertretung der neuen Selbstständigen - in welchem Rahmen auch immer - notwendig sei, nicht zuletzt deshalb, um Forderungen nach einer besseren sozialen Absicherung insbesondere im Krankheitsfall und bei Arbeitslosigkeit durchsetzen zu können. Auch seien Vereinbarungen über Mindesthonorarsätze sinnvoll, um ein wechselseitiges Unterbinden zu unterbinden und damit die Gefahr der Selbstausbeutung zu minimieren. Gelingt dies nicht, dann droht, so die selbstständige Projektberaterin Regina Haberfellner, das Problem der Unterschichtung der Gesellschaft, d.h. die dauerhafte Etablierung des Prekariats als neuer, unterhalb der fixangestellten Arbeitnehmerschaft angesiedelten sozialen Klasse. Dies sollte auf alle Fälle verhindert werden. (hs)

ist ebenfalls im Steigen begriffen: Zu nennen sind etwa die beiden österreichischen Kreativwirtschaftsberichte (KMU-Forschung Austria/IKM 2003 und 2006) oder die Untersuchung von Kulturdokumentation/Mediacult/WIFO (2004) zum ökonomischen Potenzial der Wiener Kreativwirtschaft. Diese Studien konzentrieren sich auf die Entwicklung dieses Wirtschaftsklusters und sein Beschäftigungspotenzial und liefern außerdem Basisinformationen über Beschäftigungsformen, Qualifikationsmerkmale u.a.m. Was dagegen für die Kreativwirtschaft weitgehend fehlt, sind Studien über die Qualität der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse, z.B. über Arbeitsbelastungen oder die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatle-

ben. Dies gilt besonders für privatwirtschaftliche Sektoren wie Architektur, Design oder Werbung. In den wenigen österreichischen Studien wurden dagegen eher klassische Kunstfelder wie bildende oder darstellende Kunst untersucht (vgl. für einen Überblick Schiffbänker/Mayerhofer 2003). Vergleichbar mit anderen wissensintensiven Sektoren wird auch in kreativwirtschaftlichen Feldern eine zunehmende Ökonomisierung diagnostiziert, und zwar unabhängig vom jeweiligen Beschäftigungsverhältnis. Die Bandbreite an Arbeitssituationen reicht dementsprechend vom erfolgreichen „Arbeitskraftunternehmer“ bis hin zu Selbstausbeutung und prekären Arbeitsformen (Gottschall/Betzelt 2001, Pongratz/Voß 2003). Vertrackte Arbeitsbedingungen werden jedoch von vielen „Kreativen“ in Kauf genommen, entfalten doch „intrinsische“ Motivationsfaktoren wie Autonomie, Affinität zur Kunst oder auch die Demonstration elaborierter Selbstkonzepte und Lebensstile eine enorme Sogwirkung. Subjektive Erwerbsziele und komplexe Motivationslagen müssen also berücksichtigt werden, die alleinige Orientierung an „objektiven“ Beschäftigungsmerkmalen als Indikatoren für Arbeits- und Lebensqualität reicht jedenfalls nicht aus.

Projektansatz

Das Projekt "Sustainable Work and Employment in Vienna's Creative Industries", gefördert vom WWTF (Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) und durchgeführt von FORBA und Joanneum Research,¹ beschäftigt sich mit der Frage, wie „nachhaltig“ existierende Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Sub-Sektoren der Wiener Kreativwirtschaft gestaltet sind. Die Forschungsfrage zielt nicht auf das "Wie viel?", sondern auf das „Wie gut?“, d.h. auf die Qualität von Arbeit. Nachhaltigkeit wird in diesem Kontext als dauerhafte Qualität von Arbeit und Leben verstanden. Das bedeutet das Austarieren der schwierigen Balance zwischen Ressourcen, Ansprüchen und Anforderungen. Wir operationalisierten den Nachhaltigkeitsbegriff entlang verschiedener Ressourcen:

- *Ökonomische Ressourcen:* Einkommen, berufliche und soziale Absicherung
- *Soziale Ressourcen:* soziales Kapital, berufliche und private Netzwerke
- *Zeitliche Ressourcen:* Arbeitszeit, Freizeit
- *Wissensressourcen:* Kompetenzen, berufliche Qualifikationen
- *Gesundheitsressourcen:* Arbeitsausmaß und Bewältigungsstrategien

■ *Biographische Ressourcen:* (dis-)kontinuierliche Karriereperspektiven, Mehrfachjobs

Für die Analyse wurden Zielgruppen der Wiener Kreativwirtschaft außerhalb der klassischen Kunstbranchen ausgewählt, die den „angewandten“ bzw. den überwiegend privatwirtschaftlich organisierten Sektoren angehören: Architektur; Design/Grafik/Mode; Film/Rundfunk/Video; Software/Multimedia; Werbung. Zu Beginn des Projekts wurden Branchenanalysen in diesen fünf Sub-Sektoren der CI durchgeführt (vgl. Eichmann et al. 2005). Wie zu erwarten war, zeigen diese eine große Heterogenität innerhalb und zwischen den Sektoren, was zeigt, dass „Creative Industries“ lediglich ein „umbrella-term“ für die Förderungspolitik ist. Eine gemeinsame Erfahrung der Beschäftigten war die starke Tendenz zur Selbst-Ökonomisierung (Pongratz / Voß 2003). Nachhaltigkeit ist in diesen Beschäftigungsfeldern kaum institutionalisiert, was u.a. in der Tatsache begründet liegt, dass das Arbeitsangebot größer als die Nachfrage ist. Vier der fünf Sektoren (ausgenommen Architektur) sind nur schwach reguliert; generell ist Projektarbeit dominierend und sind Karriereperspektiven unklar. Um detailliertere Informationen über die Arbeits- und Lebensbedingungen in den CI zu erhalten, führten wir erstens eine standardisierte Online-Befragung und zweitens vertiefende qualitative Interviews durch. Die Ergebnisse unserer quantitativen Studie sind das Thema der nachfolgenden Ausführungen.

Quantitative Hauptergebnisse

2005 wurde eine Onlinebefragung in den fünf Untersuchungsbereichen durchgeführt. Insgesamt beantworteten 910 Personen aus den Feldern Architektur, Design/Grafik/Mode, Film/Rundfunk/Video, Software/Multimedia/Internet und Werbung den Fragebogen. Einbezogen wurden Personen, die sowohl in Unternehmen der Branche als auch außerhalb davon tätig sind (z.B. Softwareentwickler bei einer Bank). Die Befragten konnten entweder als „Kreative“ oder in anderen Tätigkeiten arbeiten. Diese Systematisierung erfolgte in Anlehnung an Bernard Casey (1999). Aufgrund der Erhebungsmethode (Verbreitung über Multiplikatoren wie Verbände, Interessenvertretungen, Adressdatenbanken), die angesichts der Unkenntnis der Grundgesamtheit gewählt wurde, kann nicht von Repräsentativität im strengen Sinn gesprochen werden. Dennoch liefern die Ergebnisse wichtige Informationen über die Arbeitssituation von Beschäftigten in den genannten CI-Bereichen. Die gesammelten Daten wurden entsprechend den Angaben der Arbeitsstättenzählung (Statistik Austria, 2004) und

einer Expertenschätzung nach der jeweiligen Größe des Bereichs gewichtet. Ein Drittel der Antwortenden waren Frauen, zwei Drittel Männer.

Beschäftigte in den Creative Industries und die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit

Die Grafik (s.u.) zeigt, dass auch unsere Befragung bestätigt, was über Beschäftigungsverhältnisse in den CI oft konstatiert wird: Ein Großteil der Befragten arbeitet weder als klassische/r Arbeitgeber/in noch in festen Anstellungsverhältnissen, sondern irgendwo dazwischen entlang einer Bandbreite selbstständiger Erwerbsformen inklusive Mehrfachbeschäftigungen.

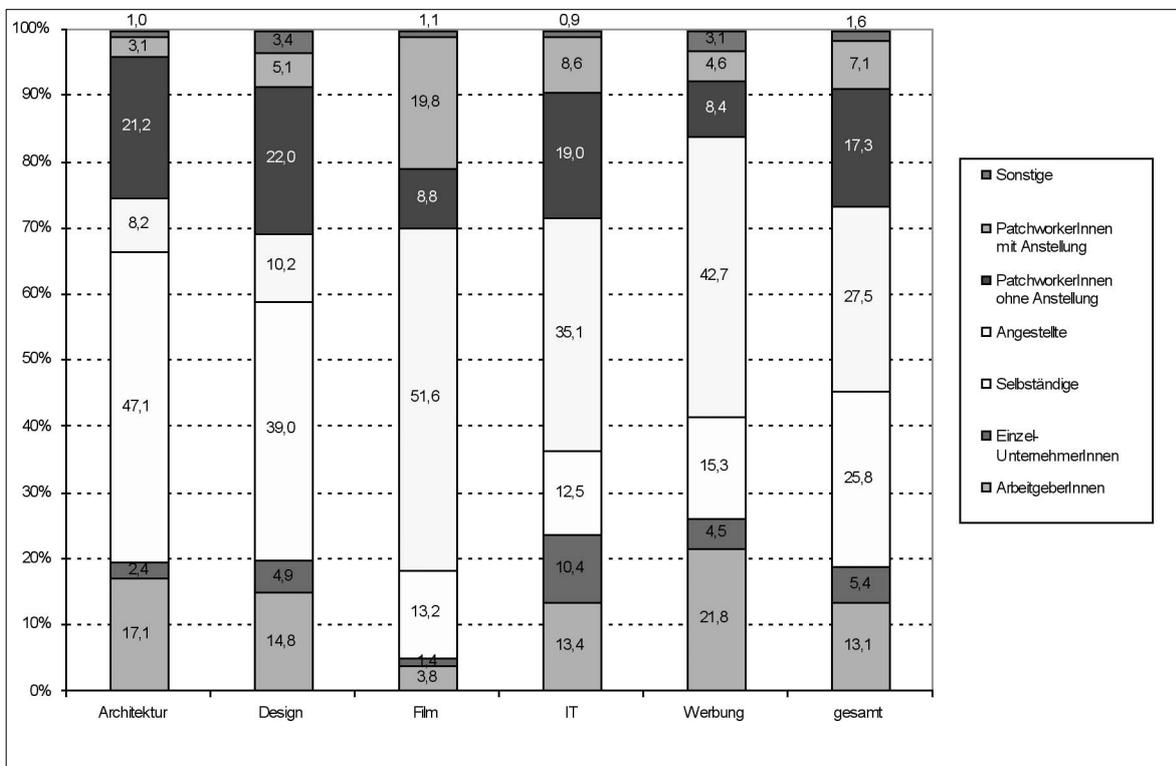
Befragt nach ihrer präferierten Beschäftigungsform, zeigt sich, dass Realität und Wunschvorstellung für die Mehrheit der Antwortenden übereinstimmen. Insgesamt kann aber eher eine Tendenz hin zum UnternehmerInnen-tum festgestellt werden als ein Wunsch nach mehr Sicherheit in einer unbefristeten Vollzeit-anstellung. Das durchschnittliche Arbeitsausmaß liegt bei 44 Wochenstunden Arbeit in der Kreativwirtschaft. Zusätzlich arbeitet ein Viertel der Befragten auch in anderen Branchen, um die eigene Existenz zu sichern. Außerdem zeichnet sich die Kreativwirtschaft teilweise durch stark flexibilisierte Arbeitszeiten aus. Das mittlere Jahresnettoeinkommen der

Befragten aus einer Tätigkeit in der Kreativwirtschaft lag 2004 zwischen 18.001 und 24.000 Euro³. Wie zu erwarten, zeigen sich große Unterschiede zwischen den untersuchten Bereichen. So ist das Einkommensniveau am besten im ORF, gefolgt von der IT-Branche, und am schlechtesten im Bereich Design/Grafik/Mode.

Belastungen

Zentraler Fokus der Untersuchung waren Belastungen, die Beschäftigte in der Kreativwirtschaft erleben, und die Frage nach der Bewältigung dieser Belastungen. Als stärkste momentane Arbeitsbelastung wird von allen Beschäftigten der Kreativwirtschaft der Zeitdruck beschrieben (58%)⁴. Eine weitere dominante Belastung stellen Zukunftssorgen wie die Sicherstellung von Aufträgen (60%), die Absicherung im Alter (58%) und generell die zukünftige finanzielle Situation dar (57%). Insgesamt sind die Sorgen um die Zukunft, abgesehen vom Zeitdruck, belastender als die momentanen. Allerdings machen einigen Beschäftigten auch die hohen Eigenansprüche (38%) und die Anforderung, viele Projekte gleichzeitig abzuwickeln (35%), zu schaffen. Eine Arbeitssituation, die vorrangig durch gestiegenen Wettbewerbsdruck, geringere Honorierung der Arbeit, eine unsichere Auf-

Beschäftigungsstatus in der Wiener Kreativwirtschaft (n=910)²



tragslage und damit geringere Planbarkeit charakterisiert wird, erhöht den Druck. Diese berufliche Wirklichkeit hat ihre Auswirkungen auf das Privatleben. Viele Befragte geben an, aufgrund ihrer Tätigkeit in der Kreativwirtschaft zu wenig Zeit für ihre Kinder und Schwierigkeiten mit der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu haben. Das wird auch darin deutlich, dass wesentlich weniger Frauen (unter 30%!) als Männer betreuungspflichtige Kinder haben. Kinderbetreuung ist auch in den Creative Industries vorwiegend Frauensache: Nur 30 Prozent der Befragten machen Halbe-Halbe. Insgesamt werden viele Nachteile, die Beschäftigte in der Kreativwirtschaft erleben, durch die hohe Motivation und Autonomie in der Arbeit kompensiert. Man konzentriert sich stärker auf die Inhalte der Arbeit, um die manchmal schlechten Rahmenbedingungen zu verdrängen. Daraus erklärt sich wohl auch, dass Stress (subjektiv gesehen) als positive Herausforderung betrachtet wird. Wenn dies nicht mehr gelingt, treten psychische und physische Beeinträchtigungen zutage. Das passiert allerdings relativ selten.

Ressourcen

Neben ökonomischen und zeitlichen Ressourcen wurde in der Befragung ein Fokus auf soziale Ressourcen und Kompetenzen zur Bewältigung der Belastungen gelegt. Bei den Bewältigungsstrategien kann zwischen beruflichen und privaten unterschieden werden. Bedeutende berufliche Entlastungsmöglichkeiten sind zum Beispiel sorgfältige Planung (72% Zustimmung), Selbstvertrauen und Gelassenheit (64%) oder die Suche nach kompetenter Unterstützung bei Problemen (55%). Private Bewältigungsstrategien spielen ebenfalls eine wichtige Rolle: Hobbys (59%), längere Erholungsurlaube (57%) oder die Fähigkeit, abzuschalten und in der Freizeit nicht ständig an die Arbeit zu denken (47%), helfen den Befragten, mit Belastungen fertig zu werden. Neben diesen individuellen Bewältigungsstrategien besteht auch die Möglichkeit, im eigenen Umfeld nach Unterstützung zu suchen. Befragt nach der Relevanz verschiedener „Kraftquellen“, kommt dem Rückhalt durch den/die Lebensgefährten/in bzw. EhepartnerIn die größte Bedeutung zu (48% nutzen diese). Viele Befragten nehmen auch Unterstützung durch KollegInnen bzw. berufliche Netzwerke in Anspruch (42%). Auffallend ist, dass sich 30% der Antwortenden um Unterstützung an TherapeutInnen, ÄrztInnen oder Coaches wenden. Insgesamt ist die Arbeit in der Kreativwirtschaft für die Befragten trotz verschiedener Belastungen eine positive Herausforderung. Viele haben diverse Strategien gefunden, mit Belastungen umzugehen. Sie be-

werten die Entwicklung der Creative Industries in den letzten fünf Jahren tendenziell positiv und erwarten eine noch positivere Entwicklung für die Zukunft. So kann sich die Mehrheit der Befragten vorstellen, für immer in der Kreativwirtschaft zu arbeiten.

Nachhaltigkeit in den Creative Industries

Um aus der Online-Erhebung Aussagen über die nachfolgenden Forschungsfragen treffen zu können, war es notwendig, die Daten zu verdichten:

- Wovon hängt Arbeitszufriedenheit in der Kreativwirtschaft ab?
- Was trägt zu Arbeitsbelastungen bei bzw. was entlastet?
- Wodurch wird die Befindlichkeit der Beschäftigten am stärksten beeinflusst?

Dazu wurden im Verlauf der Analysen Variablen ausgewählt und zu verschiedenen Indizes zusammengefasst. Als wichtige Indikatoren der subjektiven Wahrnehmung von Nachhaltigkeit der eigenen Arbeitssituation in der Kreativwirtschaft wurden ausgewählt:

- Arbeitszufriedenheit
- Arbeitsbelastungen
- Beanspruchung der Befragten
- Verweildauer im Bereich

Anschließend wurde untersucht, inwieweit das Vorhandensein oder Fehlen unterschiedlicher Ressourcen, die weiter oben zur Operationalisierung von Nachhaltigkeit aufgelistet wurden, diese Indikatoren beeinflusst. Um zu prüfen, welche Variablen einen erklärenden Einfluss auf die vier wichtigsten Indikatoren haben, wurden Korrelations- und Regressionsanalysen durchgeführt. Daraus lassen sich die folgenden Ergebnisse ableiten:

Auf der Mikroebene spielen die eigenen Bewältigungsstrategien zur Erklärung von Arbeitszufriedenheit, Belastung und Beanspruchung eine entscheidende Rolle. Befragte aus den Creative Industries scheinen dem Typus des „Arbeitskraftunternehmers“ (vgl. Pongratz / Voß 2003) so weit zu entsprechen, dass sie die Verbesserung von belastenden Arbeitssituationen vorrangig selbst in die Hand nehmen (müssen).

Auf der Mesoebene – vor allem im betrieblichen Kontext umsetzbar – wird die Sicherung der Nachhaltigkeit durch steigende Autonomie schlagend. Gleichzeitig wird erkennbar, dass die Planbarkeit von Arbeitsabläufen trotz der hohen Individualität und unterschiedlicher Arbeits(zeit)muster wesentlich ist.

Zukunftsängste spielen eine wesentliche Rolle für Arbeitsqualität und sprechen damit die Makroebene der Politik an. Je vielfältiger die Unsicherheiten, desto gestresster und belasteter fühlen sich (nicht nur) Erwerbstätige in der Kreativwirtschaft. Die Befragten arbeiten zwar stark selbstorganisiert und tendieren eher zur Selbstständigkeit als zu einem Angestelltenverhältnis. Allerdings haben sie gleichzeitig höhere Bedürfnisse nach Stabilität, als es ihnen Konzepte wie jenes der „neuen Selbstständigen“ bisher zu geben vermochten.

*Sybille Reidl, Joanneum Research
Helene Schiffbänker, Joanneum Research
Hubert Eichmann, FORBA*

Anmerkungen

- 1 Sämtliche Projektberichte stehen im Internet zum Download zur Verfügung: www.forba.at/kreativbranchen-wien/
- 2 Unter „Selbstständige“ fallen WerkvertragnehmerInnen, Freie DienstvertragnehmerInnen, neue Selbstständige mit oder ohne Gewerbeschein, freischaffende KünstlerInnen. Mit „PatchworkerIn“ bezeichnen wir jene Personen, die gleichzeitig mehrere Beschäftigungsverhältnisse haben.
- 3 Der Median ist jener Wert, unter bzw. über dem das Einkommen von jeweils der Hälfte der EinkommensbezieherInnen liegt. Da das Einkommen gruppiert erfasst wurde, kann nur die Bandbreite angegeben werden, innerhalb welcher der Median liegt.
- 4 Die Belastungen wurden in einer Fünfer-Skala erhoben: sehr belastend – eher – manchmal – eher nicht – nicht belastend. Im Text werden die Prozentanteile der sehr und eher belasteten Befragten wiedergegeben.

Literatur

- Casey, B. H. (1999): Beschäftigung und Qualifikation im Kulturbereich. Einige Überlegungen zum Dokument der Europäischen Kommission „Kultur, Kulturwirtschaft und Beschäftigung“; in: Österreichische Kulturdocumentation (Hg.): cultural competence. Kultur als Kompetenz. Neue Technologien, Kultur & Beschäftigung, Wien, S 43-51
- Creative Industries Mapping Document (2001): http://www.culture.gov.uk/creative/creative_industries.html, 27/07/2002
- Eichmann, H./Reidl, S./Schiffbänker H./ Zingele, M. (2005): Branchenanalysen zu Arbeit und Beschäftigung in Wiener Creative Industries; www.forba.at/kreativbranchen-wien
- European Commission (1998): Culture, the cultural industries and employment, Brussels
- Gottschall, K./Betzelt, S. (2001): Alleindienstleister im Berufsfeld Kultur – Versuch einer erwerbssoziologischen Konzeptualisierung. Zentrum für Sozialpolitik – Arbeitspapier 18/2001, Bremen
- KMU Forschung Austria/IKM (2003, 2006): Erster / Zweiter Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht, Wien
- Kulturdocumentation/Mediacult/WIFO (2004): Untersuchung des ökonomischen Potenzials der „Creative Industries“ in Wien, Endbericht, <http://www.creativeindustries.at> (25.08.2004), Wien
- Pongratz, H. J./Voß, G. (2003): Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen, Berlin
- Reidl, S./Steyer F. (2006): Zwischen Unabhängigkeit und Zukunftsangst. Quantitative Ergebnisse zur Arbeit in den Wiener Creative Industries; www.forba.at/kreativbranchen-wien
- Schiffbänker, H./Mayerhofer, E. (2003): Künstlerische Dienstleistungen im Dritten Sektor. Teil 1: Ausgangslage: Kunst, Kultur, Beschäftigung, Wien, www.equalartworks.at
- Statistik Austria (Hg.) (2004): Arbeitsstättenzählung 2001. Hauptergebnisse Wien, Band 1. Wien

Die Angst fährt mit

Wie Berliner U-Bahnfahrer Fahrgastunfälle bewältigen

Jeden Tag nehmen sich in Berlin ein bis zwei Menschen das Leben. Etwa sieben Prozent der Selbstmörder werfen sich vor U- oder S-Bahnen. Statistisch gesehen überfährt jeder Zugfahrer während seines Berufslebens mindestens einmal einen Menschen – mit zum Teil dramatischen Folgen für das Fahrpersonal. Viele Lokführer leiden anschließend unter posttraumatischen Belastungsstörungen und sind in ihrer Be-

rufsausübung zeitweise eingeschränkt. Einige Betroffene benötigen Jahre, um den Selbstmord des Fahrgastes zu verarbeiten.

Die Psychologin Doris Denis von der Freien Universität Berlin hat in ihrer Dissertation erstmals untersucht, wie Berliner U-Bahnfahrer traumatisierende Schienenunfälle bewältigen. Für ihre Studie führte sie Interviews mit 54 Zugführern der Berliner Verkehrsbetriebe durch und untersuchte, wie die Fahrer die versuchten und vollendeten Selbstmorde von Fahrgästen erlebten und wie sie diese verarbeiteten. Grundlage der Untersuchung waren die 104 Fahrgastunfälle, die sich in der Berliner U-Bahn zwischen 1994 und 1996 ereigneten.

Das Ergebnis: Die Betroffenen verarbeiten das Schockerlebnis ganz unterschiedlich. Die einen ziehen sich aus dem sozialen Leben völlig zurück und sind für Therapieangebote nur schwer erreichbar. Andere stürzen sich in Aktivitäten und lindern ihr Trauma, indem sie darüber reden. Von den Ärzten und von ihrem Arbeitgeber fühlt sich die Mehrheit der Befragten kaum angemessen betreut.

Traumatisierende Wirkung

Am belastendsten empfanden die Betroffenen den Moment kurz vor dem Aufprall. Vor allem die Tatsache, dass die Fahrer dem Unfall nicht ausweichen konnten, und der Blickkontakt mit dem Selbstmörder lösten Hilflosigkeit und Panik aus. "Und trotzdem schilderte über die Hälfte der Fahrer den Unfallhergang sachlich distanziert. Auch das ist ein möglicher Hinweis auf die traumatisierende Wirkung", meint Doris Denis. Doch nicht jeder Fahrer reagiert mit dieser Art psychischer Entfremdung vom Geschehen: "Fast ein Fünftel entwickelt Wut und Ärger gegenüber dem Selbstmörder und fühlt sich selbst als Unfallopfer." Siebzig Prozent der traumatisierten Lokführer wurden durch den Suizidversuch bzw. den Suizid gesundheitlich so schwer beeinträchtigt, dass sie entweder kurzzeitig berufsunfähig waren oder ihre Arbeit langfristig nicht mehr regelmäßig ausüben konnten. Fast ein Viertel erlitt länger anhaltende Beschwerden.

In den ersten vier Wochen nach dem Unfall litten über vierzig Prozent unter mindestens einzelnen Symptomen der posttraumatischen Belastungsstörung. Bei jedem Zehnten wurden die Beschwerden chronisch. Trotzdem nimmt die Mehrzahl der Zugführer den Dienst bereits nach wenigen Tagen wieder auf. "Allerdings sind fast drei Viertel der Fahrer nach dem Unfall bei der Arbeit extrem angespannt", weist die Wissenschaftlerin auf die Langzeitfolgen für das U-Bahn-Personal hin. Aus ihren schmerzhaften Erfahrungen ziehen die Betroffenen aber auch positive Schlüsse. Der Fahrgastunfall wird, so paradox das klingt, als wertvolle Lebenserfahrung wahrgenommen. Einige der Zugführer ändern danach zum Teil ihr Leben und gehen stärker auf Menschen zu.

Gegensätzliche Bewältigungsstrategien

Die Lokführer verarbeiten ihre Erlebnisse ganz unterschiedlich. "Zwar sprechen sie alle über den Unfall, aber nur die mit einem ausgeprägten Redebedürfnis verarbeiten das Trauma vergleichsweise schnell. Sie nehmen den Fahrdienst früher wieder auf und bauen Ängste mit einer Art Konfrontationstaktik ab", berich-

tet die Psychologin. "Die von Beginn stärker Traumatisierten ziehen sich zurück, meiden Verkehrsmittel und kehren erst später in den Dienst zurück." Die gegensätzlichen Bewältigungsstrategien zeigen sich auch im sozialen Leben. Während manche viel Zeit allein verbringen und sich mit Musik, Naturerlebnissen und Fernsehen ablenken, vermeiden andere unter allen Umständen Ruhephasen und suchen ständig Gesellschaft. Sie reisen zu Angehörigen und Freunden, nehmen Medikamente und beruhigen sich mit Alkohol. "Eine Gemeinsamkeit gibt es allerdings", sagt Doris Denis. "Für die meisten sind Familie, Freunde und Kollegen die wichtigste emotionale Stütze."

Enttäuscht waren die U-Bahnführer mit der Soforthilfe direkt nach dem Fahrgastunfall. Zwar wurden über achtzig Prozent der Fahrer in Krankenhäusern ambulant behandelt, doch nur jeder Zehnte empfand die - meist medikamentöse - Behandlung als ausreichend hilfreich. "Ich finde es alarmierend, dass manche der Fahrer eine Versorgung im Krankenhaus nach einem erneuten Unfall ablehnen würden, weil die Ärzte der Erste-Hilfe-Stationen auf die Akutbehandlung von Trauma-Patienten nicht ausreichend vorbereitet waren", sagt Denis. Die medizinische Nachsorge erfolgte in der Regel durch den Hausarzt. Die Hemmschwelle, psychiatrische oder psychotherapeutische Hilfe in Anspruch zu nehmen, war für viele Fahrer zu hoch. Von ihrem Arbeitgeber, der BVG, wünschen sich die Befragten nicht nur mehr Fürsorge nach einem Fahrgastunfall, sondern auch bessere Unterstützung bei der Suche nach Behandlungsmöglichkeiten. "Dass professionelle Hilfe nicht ausreichend erfolgt", so Denis, "ist die traurige Erkenntnis der Untersuchung."

Die Autorin der Studie empfiehlt, geschulte Notfallhelfer und Krisendienste stärker in die Akutversorgung direkt nach dem Unfall einzubinden, um die Fahrer psychisch zu stabilisieren. Denis weist auf die zentrale Rolle des Hausarztes in der Behandlungskoordination hin. Meist hängt es von ihm oder von betriebsinternen Betreuern ab, ob sich der Betroffene zu einer spezifischen Trauma-Therapie entschließt. Zu einer solchen rät die Psychologin unbedingt, da ihren Untersuchungen zufolge bis zu 90 Prozent der so behandelten Patienten mit einem Verschwinden ihrer Beschwerden rechnen können.

Quelle: Anke Assig: Wie Berliner U-Bahnfahrer Fahrgastunfälle bewältigen, Freie Universität Berlin, 23.11.2004

Was halten Jugendliche von Entwicklungszusammenarbeit?

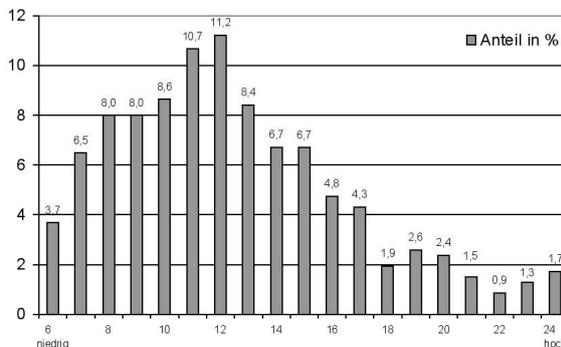
Im Zuge einer Untersuchung über Jugend und Gemeinnützigkeit wurden Schüler/innen an oberösterreichischen Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Höheren Schulen über ihre Einstellung zu sozialem Engagement und zur Entwicklungspolitik befragt.

Eine funktionierende Zivilgesellschaft ist konstitutiv auf freiwilliges Engagement (in Form von Zeit und Geld) angewiesen. „Freiwilliges Engagement soll als sozialer Kitt fungieren, Gemeinsinn generieren, soziale Integration bewirken und Verantwortung an die Bürger und Bürgerinnen selbst delegieren“ (Adloff 2005: S 123). Im Sinne der Agenda 21 im Jahre 1992 im Rahmen der Konferenz in Rio als Dokument für eine globale Partnerschaft konzipiert, sollte dieses Engagement über die nationalen Grenzen hinaus wirken. Um herauszufinden, inwieweit bei Jugendlichen eine „gemeinnützige Einstellung“ als Basis für freiwilliges Engagement vorliegt, wurden von Mai bis Juli 2005 25 Klassen (das sind 464 Schülerinnen und Schüler) nach einem geschichteten, zweistufigen Klumpenauswahlverfahren hierzu befragt.

Ausländerfeindlichkeit als antisoziale Tendenz
Konzeptionell wurde die Gemeinnützigkeit als Einstellungssystem definiert. Den sozialen Tendenzen wie dem Bereich „Helfen“ wurde als antisoziale Tendenz und komplementärer Begriff die Ausländerfeindlichkeit beigeordnet. Erhoben wurde die Xenophobie mittels einer sechsteiligen Skala, sodass hier Werte zwischen 6 und 24 möglich waren (siehe Abb. 1). Es ist natürlich immer bis zu einem gewissen Grad willkürlich, ab wann jemand als xenophob gelten soll, aber rund zehn Prozent der Jugendlichen erreichen Werte im oberen Drittel und zeigen damit deutliche ausländerfeindliche Tendenzen. Als verstärkende Einflussfaktoren zeigten sich Leistungsdruck im Unterricht, mangelnde empathische Fähigkeiten (Perspektivenübernahme und Anteilnahme) und der Drang, Situationen unter Kontrolle halten zu wollen. Sozialaktivitäten (z.B. karitative Veranstaltungen, Besuche von Sozialeinrichtungen) können eine abschwächende Wirkung haben. Darüber hinaus hat jede Schule große Möglichkeiten, ein „soziales oder antisoziales“ Klima zu schaffen (vgl. Hunger 2006: S 111, 168). Seitens der Familie zeigt der Erziehungsstil der Überbehütung mit seinen angstbetonenden Strategie-

gien einen verstärkenden Einfluss auf die Ausländerfeindlichkeit. Der Bildungshintergrund der Eltern bleibt ohne Befund (ebd. S 175).

Abb. 1: Prozentuelle Häufigkeiten zum Index „Ausländerfeindlichkeit“ (n=463)



Erlebnisorientierte Vereinsaktivität

63 Prozent der Jugendlichen geben an, in der Freizeit in zumindest einem Verein aktiv zu sein. Sportvereine (mehr als die Hälfte), Musikvereine (gut ein Viertel) und kirchliche Vereine (ebenfalls gut ein Viertel) gehören zu den beliebtesten Vereinigungen. Rund 40 Prozent der Jugendlichen sind in mehr als einem Verein tätig. Die Hauptgründe für die Vereinsaktivität lassen sich mit „Erlebnisorientierung“ charakterisieren. Altruistische Motive sind weniger von Bedeutung (vgl. ebd. S 127f).

Die Jugendlichen schätzen die Gerechtigkeit in der Welt als eher gering ein. Auf einer 10-teiligen Skala ergibt sich ein Mittelwert von rund 3,5 Punkten. Dabei glauben die Schülerinnen und Schüler, dass Erwachsene in der Regel die Gerechtigkeit höher einschätzen (vgl. ebd. S 132).

Überwältigendes Plädoyer für Entwicklungszusammenarbeit, jedoch schlecht informiert

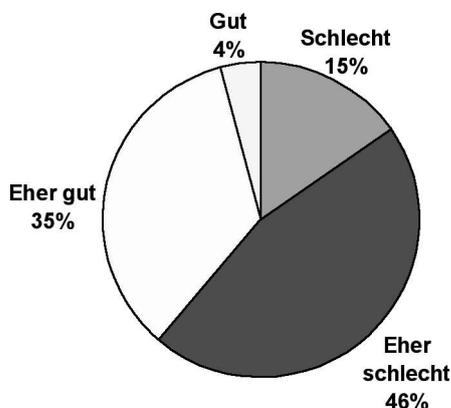
Über 97 Prozent sind zumindest eher für Entwicklungszusammenarbeit (EZA)¹. Nur knapp drei Prozent sprechen sich eher dagegen aus. Dieses Bild lässt sich jedoch differenzieren, wenn „Subdimensionen“ betrachtet werden: 73 Prozent tendieren zu einer EZA, die gegebenenfalls auch zu eigenen Einschränkungen führen würde (neutral bleiben rund 19 Prozent). Für 64 Prozent der Jugendlichen ist die Verschuldensfrage (also ob die Länder ihre Lage selbst verschuldet haben) im Zusammenhang mit EZA nicht relevant, wobei rund 21 Prozent neutral bleiben. Eine Hilfe, die nur zu einer Beschleunigung der Entwicklung führt, wird eher abgelehnt: Rund 38 Prozent lehnen ab,

rund 35 Prozent stimmen zu und rund 27 Prozent bleiben neutral. Immerhin noch 22 Prozent der Schülerinnen und Schüler hängen dem älteren Entwicklungshilfekonzent nach, wobei den sog. Entwicklungsländern sogar ihr Können abgesprochen wird, wohingegen fast 54 Prozent einen tendenziell gleichberechtigten Zugang wählen, was sich unter dem neueren Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ subsumieren lässt (ebd. S 145f).

Ein deutlicher Zusammenhang enthüllt sich zwischen Ausländerfeindlichkeit und EZA: Ausländerfeindliche Jugendliche haben eine deutlich geringere Bereitschaft für EZA (ebd. S 147). Empathie (insbesondere in den Teilkomponenten Perspektivenübernahme und Anteilnahme) und die Fähigkeit, Ohnmacht zu erdulden, wirken sich hingegen günstig aus.

Hinsichtlich des Informationsstandes ergibt sich ein deutlicher Nachholbedarf: Über 60 Prozent der Jugendlichen geben an, über entwicklungspolitische Themen schlecht oder eher schlecht informiert zu sein. In der Befragung bestätigen sich Geographie, Geschichte und Religion als die wichtigsten Fächer für Entwicklungsthemen (ebd. S 149f).

Abb. 2: Subjektive Einschätzung des Informationsstandes zur Entwicklungspolitik (n=454)



Ausbeutung, Bevölkerungswachstum, Seuchen, Krieg, Unterernährung, fehlende Bildungsmöglichkeiten und schlechte medizinische Versorgung werden zum Teil von deutlich mehr als 50 Prozent der Befragten als die wichtigsten Ursachen für die Lage in den sog. Entwicklungsländern genannt (ebd. S 156).

Die qualitativen Analysen belegen bei den Jugendlichen mitunter eine deutliche Entfremdung von der Nahrungsmittelherkunft. Die in den sog. Entwick-

lungsländern noch besonders sichtbare Bedeutung des Bodens als Lebensgrundlage wird als „unmodern“ angesehen. Insgesamt scheinen die Schülerinnen und Schüler den Modernisierungskonzepten uneingeschränkt positiv gegenüberzustehen. So sind Slums etwa ein Ausdruck von Ausbeutung. Dass die Modernisierung auch Schattenseiten hat, wird so nicht wahrgenommen (ebd. S 178ff).

Was kann die Schule tun?

Wiewohl der Lebensbereich der Jugendlichen über die Bildung hinausgeht, sollen hier schwerpunktmäßig Möglichkeiten des schulischen Bereichs aufgezeigt werden.

- Empathie und die Fähigkeit, Ohnmacht zu erdulden haben sich als wesentliche Einflussfaktoren auf Ausländerfeindlichkeit und EZA erwiesen. Werden solche Themen im Unterricht behandelt, ist ein empathischer Zugang sinnvoll. Dabei sollte also nicht primär lösungsorientiert vorgegangen werden, sondern man sollte sich der Situation benachteiligter Menschen empathisch nähern und auch das in solchen Lebenslagen vorhandene Ohnmachtsgefühl und das Ausgeliefertsein erfahren. Eine „vorschnelle“ Suche nach Lösungen hemmt einen „tiefgründigen“ Zugang.
- Insbesondere die Themen im Bereich der EZA benötigen eine intensive Verknüpfung mit dem Erfahrungshorizont der Jugendlichen.
- Soziale Aktivitäten sind geeignet, die Skepsis gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund zu vermindern und auf die Problemlage benachteiligter Menschen aufmerksam zu machen.
- Mit dem Leistungsdruck ist insbesondere im Schulunterricht Vorsicht geboten, können doch wertvolle Kohäsionskräfte in der Gesellschaft verschüttet werden.
- Durch entsprechende Lehrmaterialien könnte die EZA verstärkt in Unterrichtsfächer wie Deutsch und Englisch einfließen.
- Die „Brille der Modernität“ verstellt auch den Blick auf die eigenen Lebensgrundlagen (z.B. Entfremdung von der Lebensmittelherkunft). Gerade der Nachhaltigkeitsgedanke braucht aber die bewusste Rückbindung an die natürlichen Lebensgrundlagen.
- Die Welt wird von den Jugendlichen deutlich als „ungerecht“ erfahren. Die Gesellschaft muss (wieder) als gestaltbares Produkt des Menschen begriffen werden (vgl. ebd. S 220ff).

Armutsgefährdung trotz Arbeit

253.000 Personen sind hierzulande armutsgefährdet, obwohl sie berufstätig sind. Davon sind 91.000 manifest arm. Sozial ist nicht nur das, was Arbeit schafft, sondern Arbeit, die vor Armut schützt, betont die Armutskonferenz.

"Jenen Interessen nachzugeben, die einen Niedriglohnsektor mit „Arbeit um jeden Preis“ forcieren, bedeutet, eine soziale Zeitbombe auf den Weg zu bringen. Jetzt schon leben 253.000 Menschen in Österreich in Haushalten, in denen der Verdienst trotz Erwerbsarbeit nicht reicht, um die eigene Existenz – und die der Kinder – zu sichern", zitiert die österreichische Armutskonferenz die aktuellen Daten der Statistik Austria. Davon sind 91.000 manifest arm, d.h. die Betroffenen weisen einen schlechten Gesundheitszustand auf, leben in feuchten, schimmlichen Wohnungen, etc.

Von den prekär Beschäftigten mit befristeten Verträgen sind elf Prozent armutsgefährdet. Unregelmäßig Beschäftigte sind zu 17 Prozent, Teilzeitbeschäftigte, die weniger als zwölf Stunden pro Woche arbeiten, zu 20 Prozent und Personen mit 35 Wochenarbeitsstunden, die weniger als 1000 Euro brutto verdienen, sind zu 23 Prozent von Armut bedroht.

Berufliche Prekarität setzt sich in nicht existenzsichernden Sozialleistungen fort

"Sozial ist nicht nur das, was Arbeit schafft, sondern Arbeit, die vor Armut schützt. Ein niedriges Erwerbseinkommen schlägt sich auch in nicht-existenzsichernden Sozialleistungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und in der Pension nieder. Wer sein Leben lang in prekären Jobs arbeitet, wird keine existenzsichernde Pension zusammenbekommen, das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe sind so gering, dass man im Falle von Jobverlust davon keinen Tag überleben kann.

In Österreich sind über 100.000 Menschen nicht krankenversichert, das sind fast zwei Prozent der Wohnbevölkerung, die aufgrund ihrer prekären sozialen Lage nicht wissen, was sie mit ihrem geringen Einkommen zuerst zahlen sollen: Miete, Lebensmittel oder Krankenversicherung? Im Sozialstaat „rheinisch-korporatistischer“ Prägung wie in Österreich setzen sich prekäre Arbeitsverhältnisse und nicht durchgängige Erwerbsbiographien ungebrochen in den Systemen sozialer Sicherung fort. Dem stark am Versicherungsprinzip und am männlichen Ernährerhaushalt ausgerichteten Sozialstaatsmodell fehlen Mindestsicherungselemente sowie universelle Leistungen und es mangelt an Bildungschancen unabhängig von sozialer Herkunft wie auch an eigenständiger Existenzsicherung für Frauen", so das Anti-Armutsnetzwerk.

Erwerbsarbeit allein schützt nicht vor Armut, weist die Armutskonferenz auf die Ergebnisse der internationalen Armutsforschung hin. "Es gibt Länder mit geringer Arbeitslosigkeit und hoher Armut: USA und Großbritannien. Und es gibt Länder mit geringer Arbeitslosigkeit und geringer Armut: Dänemark und Schweden." Erst die Kombination aus geringer Arbeitslosigkeit und präventiv wirkenden sozialen Sicherungssystemen reduziert Armut. Je höher die Investition in solidarische Sozialsysteme, desto geringer die Armut. Das erklärt, warum die USA oder Großbritannien trotz geringer Arbeitslosigkeit hohe Armut aufweisen.

Quelle: Österreichische Armutskonferenz, 05.04.2006

Armutsgefährdung in prekären Beschäftigungsformen

	Gesamt (=100%)		Armutsgefährdung	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	5.033	100	555	11
befristeter Vertrag	149	3	16	11
unregelmäßig beschäftigt	447	9	74	17
Teilzeit <12h	83	2	17	20
Bruttomonatseinkommen < 1.000 Euro	89	2	21	23

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2004

Personen im Erwerbsalter

befristeter Vertrag, Teilzeit <12h, Bruttomonatseinkommen < 1.000 Euro beziehen sich auf die aktuelle Erwerbstätigkeit, unregelmäßig beschäftigt bedeutet im vergangenen Jahr weniger als 10 Monate beschäftigt oder aktuell Werk-/DienstvertragsnehmerIn

30 Jahre Dowas Innsbruck

Im Jahre 1975 wurde der Verein zur Förderung des Dowas in Innsbruck gegründet. Dowas (Durchgangsort für Wohnungs- und Arbeitssuchende) steht für 30 Jahre niederschwellige Sozialarbeit in der Wohnungslosenhilfe, aber auch für eine ebenso lange sozialpolitische Einmischung in die Armutspolitik. Das Dowas hat in diesen Jahren verschiedene Initiativen und Projekte für wohnungs- und arbeitslose Menschen initiiert, entwickelt und umgesetzt: von den betreuten Wohneinrichtungen über das Angebot einer niederschweligen Beratungsstelle bis hin zu einer Einrichtung für wohnungslose Jugendliche. Das verschriftlichte Produkt der langjährigen Arbeit ist eine über 120 Seiten umfassende Festschrift, die gleichzeitig auch den Jahresbericht 2005 darstellt. Das Kernstück der Festschrift bilden fünf Beiträge zu Themen, die in der Sozialarbeit üblicherweise nur unzureichend einer kritischen Betrachtung unterzogen werden:

- die historischen Anfänge von Fürsorge und Erziehung
- die Rolle von Fürsorge und Sozialarbeit während der NS-Zeit
- die Entwicklung von Sozialarbeit nach 1945 unter dem Blickwinkel von Kontinuität und Brüchen

Diese Themen waren auch Inhalt der Festveranstaltung im Februar dieses Jahres. Die Aufsätze unterscheiden sich zwar inhaltlich voneinander, stellen aber aufgrund ihrer gemeinsamen historischen und gesellschaftspolitischen Relevanz einen durchgehenden roten Faden dar.

Der Beitrag „Armutspolitik als Bekämpfung von Armen – zur Kontinuität von repressiven und sozialdisziplinierenden Strukturen in der Entwicklung der Sozialhilfe“ von Sigrid Faber, Mitarbeiterin des Vereins, beschäftigt sich mit dem im März dieses Jahres neu formulierten Sozialhilfegesetz (jetzt: Grundsicherungsgesetz) für Tirol. Faber gelingt es, ausgehend von den historischen Vorläufern der modernen Sozialhilfe, den Charakter und Geist der Novelle kritisch zu reflektieren.

Bernhard Kathan geht in seinem Beitrag der Problematik der Sozialarbeit in einer globalisierten, von der Marktlogik beherrschten Welt nach. „Ökonomisierung der Sozialarbeit – eine subjektive Betrachtung“ beschreibt die Gefahr, dass die Sozialarbeit ihre disziplinäre und professionelle Eigenständigkeit völlig aus dem Auge verliert und sich nur mehr der Effizienzsteigerung im ökonomischen Sinne verschreibt.

„Drei Deka Fürsorge“ ist ein kritischer Streifzug durch die Geschichte der Sozialarbeit. Ausgehend von der Tatsache, dass Rechtsprechung, Pädagogik, Medizin, Forschung und eben auch helfende Berufe die jeweils herrschenden gesellschaftlichen Zustände widerspiegeln, kommt die Autorin Answin Weissenborn zu dem Schluss, dass Sozialarbeit (früher Fürsorge) stets ein Mittel der Disziplinierung war und ist.

Peter Schwarz, Wolfgang Neugebauer und Herwig Czech, Historiker des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW), beschreiben in „Ideologie und Verbrechen – zur Rolle der Medizin im Nationalsozialismus“ die verbrecherische systematische Vernichtung von geistig und körperlich behinderten Frauen, Männern und Kindern, die Verfolgung, Vertreibung und Tötung der jüdischen Bevölkerung und die Verfolgung und Zwangsinternierung von „Asozialen“ und „Gemeinschaftsfremden“.

Der Beitrag von Wolfgang Ayaß, Historiker an der Uni Kassel, beschäftigt sich mit dem Kampf des österreichischen Nationalsozialismus gegen „Asoziale“ und „Gemeinschaftsfremde“ unter der Mithilfe von Wohlfahrtsverbänden und Fürsorge.

Der zweite Teil der Festschrift gibt die Dowas-Chronik und die Sozialstatistik 2005 mit einer kurzen Beschreibung der einzelnen Angebote der Einrichtung wieder. Anhand der Dowas-Chronik lassen sich die wichtigsten sozialpolitischen und vereinsrelevanten Entwicklungen der letzten 30 Jahre gut ablesen. Exemplarisch werden besondere Aktionen und Zäsuren auch mit einem Kurztext versehen. Beispiel Zeitleiste 1987: In diesem Jahr wurde auch in Tirol der – auf Bundesebene bereits 1970 abgeschaffte – Landstreicherparagraph, der Bettelei und „Landstreicherei“ unter Strafe stellte, nach Protesten und einer Kundgebung des SPAK (Sozialpolitischer Arbeitskreis Tirol) aufgehoben.

Matthias Breit zeichnet für die graphische Gestaltung und das Album verantwortlich. Dieses zeigt Fotos, Zeichnungen und Dokumente aus den Bereichen Psychiatrie, Medizin, Justiz und Erziehung von der Aufklärung bis hin zu den Nachkriegsjahren.

Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden. 30 Jahre DOWAS Innsbruck

Bezugsadresse:

*Verein zur Förderung des Dowas
Bruneckerstraße 12, A-6020 Innsbruck
dowas.ibk@chello.at; www.dowas.org*

Arbeits- und Lebensbedingungen von Zeitungsausträgern in der Steiermark

Im letzten Jahrzehnt haben sich am österreichischen Arbeitsmarkt neue Beschäftigungsverhältnisse etabliert, die ursprünglich selbstständige Arbeit erleichtern und Anreize für Unternehmer bieten sollten. Dass atypische Beschäftigungsverhältnisse tatsächlich Vorteile für die Arbeiter bringen, ist jedoch weitgehend umstritten.

Die vorliegende soziologische Studie von Aberer et al macht die Auswirkungen neuer arbeitsrechtlicher Regelungen auf die Arbeits- und Lebensumstände von Zeitungsausträgern in der Steiermark zu einem ihrer Hauptthemen. Es werden zu diesem Zweck „neue Selbstständige“ und (angestellte) Dienstnehmer, die in derselben Firma arbeiten, miteinander verglichen. Der systematische Vergleich zeigt, dass der „neuselbstständige“ Unternehmer nur scheinselfständig und in vielerlei Hinsicht schlechter gestellt ist als der „klassische“ Arbeiter:

- Versicherung, Pension und die gewerkschaftliche Vertretung sind nicht mehr Bestandteil der Arbeitsverträge;
- das Ende des Kündigungsschutzes erhöht den Druck bei der Arbeit;
- die gesenkten Löhne führen dazu, dass die Mehrheit auf weitere Nebenbeschäftigung angewiesen ist.

Eine detailliertere Analyse zeigt, dass der systematische Einsatz der Werkvertragsmodelle Unterschichtung fördert. Asylwerber dürfen in Österreich zwar nicht unselbständig beschäftigt sein, sehr wohl aber unter Werkverträgen arbeiten. Da sie aus dem österreichischen Arbeitsmarkt weitgehend ausgeschlossen werden, können sie sich als Austräger ein geringes Einkommen sichern. Der Werkvertrag öffnet hier eine Berufssparte für weitgehend entrechtete Personen. Eine bedeutsame Folge dieser Entwicklung ist Lohn-Dumping. Die Branche der Zeitungszustellung ist somit ein erster, zufälliger Feldversuch der freien Beschäftigung für Ausländer.

Ein weiteres Anliegen der Untersuchung ist es, „den“ Zeitungsausträger bei seiner alltäglichen Arbeit zu zeigen. Die Beschreibung der Arbeitsroutine, der Nacharbeit, des Kontakts zu Kunden, der Beziehung zu den Vorgesetzten und von Konkurrenzerscheinungen ermöglicht es, ein realistisches Portrait vom Austräger zu skizzieren. In einem zweiten Schritt werden dann soziale Unterschiede zwischen österreichischen Dienstnehmern und österreichischen Werkvertrags-

nehmern sowie zwischen Werkvertragsnehmern im Allgemeinen und beschäftigten Asylwerbern herausgearbeitet.

Im letzten Teil der Arbeit wird das Zeitungsverleiwesen in Österreich im größeren Kontext betrachtet. Die zunehmende Verflechtung der Medienunternehmen und die beginnende Liberalisierung der Post werden als notwendige Voraussetzungen für „atypische Beschäftigungsformen“ in der Verteilerbranche diskutiert. Dass auch in anderen Branchen Werkverträge klassische Dienstnehmerposten verdrängen und sich diese Praxis mitsamt den schwerwiegenden Folgen für Arbeitnehmer und Sozialstaat ausbreitet, wird sorglich bewusst gemacht.

*Matthias Aberer, Philipp Korom, Eva Postl, Daniela Reischl, Matthias Revers, Barbara Schantl:
Wo bleibt heute die Zeitung? Arbeits- und Lebensbedingungen von Zeitungsausträgern in der Steiermark
Studienverlag Innsbruck, 156 Seiten, EUR 14,90*

Erwerbsarbeit und Armutsgefährdung

Dass Armut auch hierzulande ein Thema ist, zeigen die Ergebnisse des soeben erschienenen Armutsberichts Oberösterreich 2006. Laut der darin rezipierten Erhebung von EU-SILC (European Statistics on income and living conditions) stieg der Prozentsatz der armutsgefährdeten Personen in Oberösterreich auf nunmehr 13,2 Prozent. Besonders gefährdete Gruppen sind Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, MigrantenInnen und Niedrigqualifizierte. Dies sind genau jene Gruppen, die auch am Arbeitsmarkt Probleme haben.

Der aktuelle Armutsbericht wurde von Studierenden der Universität Linz im Rahmen einer Lehrveranstaltung unter der Leitung von Christine Stelzer-Orthofer erstellt. Aus den dargestellten Ergebnissen geht eindeutig hervor, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Erwerbslosigkeit und Armut besteht. Dennoch schützt auch Arbeit nicht immer vor Armut, wie das Phänomen der „working poor“ zeigt. Darunter werden jene Menschen verstanden, die zwar erwerbstätig sind, aber dennoch kein existenzsicherndes Einkommen erzielen. 46 Prozent der Armutsgefährdeten sind in Österreich auch werktätig. Dies verdeutlicht, dass es sich auch hier nicht um eine unbedeutende, marginale Gruppe handelt.

Mögliche Auswege aus dieser Situation werden im Bericht ebenfalls thematisiert. Als diskussionswürdig werden Mindestlöhne, Grundsicherungsmodelle

sowie eine Vereinheitlichung der Sozialstandards innerhalb der EU erachtet.

*Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik (Hg.):
Armutsbericht Oberösterreich 2006. Erwerbsarbeit
und Armutsgefährdung. Linz. Preis: EUR 7,-
Erhältlich bei: irene.auinger@jku.at; Tel. 0732/2468-
7161, Fax DW 7172*

Gebäudereinigung im Spannungsfeld zwischen kommunalen Diensten und Privatisierung

Claudia Gather von der Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen, hat im Rahmen eines Forschungsprojektes die Arbeitsbedingungen in der Gebäudereinigung öffentlicher Einrichtungen in Deutschland untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchung sind niederschmetternd. Angesichts knapper Kassen leistet sich kaum ein öffentlicher Arbeitgeber noch eigene, angestellte Reinigungskräfte. Private Reinigungsfirmen bekommen den Auftrag zu putzen. Die Tariflöhne im privaten Gebäudereinigerhandwerk liegen ohnehin schon niedriger als diejenigen im öffentlichen Dienst. Das noch größere Problem ist aber, dass viele Unternehmen im Wettbewerb um öffentliche Aufträge die tariflichen und rechtlichen Standards ihren Arbeitskräften gegenüber weit unterschreiten.

"Die Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten der dort Beschäftigten lagen bisher weitgehend im Dunkeln", beschreibt Gather den Ausgangspunkt des Forschungsprojektes. Empirisch untersucht worden sind die Fragen, welche Folgen die Privatisierung der kommunalen Reinigungsdienste für die Arbeitsbedingungen von Reinigern und Reinigerinnen hat und was die Beschäftigungssituation in privatwirtschaftlichen Gebäudereinigungsunternehmen kennzeichnet. Das Forschungsteam hat in zwei deutschen Ballungsgebieten in exemplarisch ausgewählten großen und kleineren Reinigungsbetrieben Betriebsfallstudien durchgeführt und beschreibt die Strategien dieser Betriebe, in Zeiten knapper Kassen zu überleben. Auch die Auswirkungen dieser Strategien auf die beschäftigten Gebäudereinigerinnen sowie die kommunale Vergabepaxis werden unter die Lupe genommen.

Zentrale Schlüsse der zweijährigen Untersuchung aus sozialwissenschaftlicher Perspektive sind: Die Arbeitsbedingungen der Reinigerinnen und Reiniger haben sich in privaten Unternehmen deutlich ver-

schlechtert. Öffentliche Auftraggeber fragen Tariftreue – wenn überhaupt – nur formal ab. Ihre Einhaltung wird aber nicht kontrolliert. "Kommunen vergeben die Aufträge und vergessen die Menschen", sagt Gather. Tarifunterschreitungen werden durch die Preis- und Vergabepolitik der Kommunen in Kauf genommen oder sogar forciert. "Die Gebäudereinigung hat eine problematische Vorreiterfunktion für die Ausweitung des Niedriglohnsektors wie Mini-Jobs oder Leiharbeit und verdeutlicht die Schwierigkeiten politischer und gewerkschaftlicher Gegenstrategien in einem klassischen Feld gering qualifizierter Frauenerwerbstätigkeit und geringer gewerkschaftlicher Organisation", resümiert Gather.

*Claudia Gather: Vergeben und vergessen?
Gebäudereinigung im Spannungsfeld zwischen kommunalen Diensten und Privatisierung
VSA-Verlag Hamburg, EUR 14,90 (D)*

Die neue Weltordnung

Der vorliegende Band stellt die globalen Zusammenhänge zwischen Ökonomie und Krieg in einen breiteren Kontext und bedient sich dabei eines umfassenden, über den Zustand von Nicht-Krieg hinausgehend Friedensbegriffs, wie auch der Untertitel des Buches signalisiert.

Die "Weltordnung von Ökonomie und Krieg" wird aus Sicht der Friedens- und Militärwissenschaft, der Wirtschaftswissenschaften, der Philosophie, der Kommunikationswissenschaften, der Gewerkschafts- und Friedensbewegung, der Entwicklungspolitik, des Journalismus sowie der Politik diskutiert.

Beiträge von Elmar Altvater, Jörg Becker, Heinz Fischer, Thomas Fues, Erich Kitzmüller, Friedrich Korkisch, Peter Lock, Hildegard Goss-Mayr, Hans Holzinger, Jörg Huffs Schmid, Gerald Mader, Birgit Mahnkopf, Bernhard Mark-Ungericht, Angela Riedmann, Werner Ruf, Thomas Roithner, Hans Sallmutter, Hermann Scheer, Peter Strutynski, Jakob von Uexküll und Andreas Zumach.

*Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.):
Die Weltordnung von Ökonomie und Krieg
Von den gesellschaftlichen Verwerfungen der neoliberalen Globalisierung zu den weltumspannenden politischen Ansätzen jenseits des Casinokapitalismus.
LIT Verlag Münster-Hamburg-Berlin-Wien-London
Reihe Dialog, Bd. 49, 2006
304 Seiten, EUR 12,90*

Das soziale Umfeld behinderter Menschen und seine Veränderungen

Im Zuge dieser Veranstaltung zur Förderung der Anliegen von Menschen mit besonderen Bedürfnissen werden folgende Themen behandelt: Situation, Perspektiven und Veränderungen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, psychischen Problemen, Körperbehinderungen und/oder Sinnesbehinderungen in Schule, Beruf und privatem Bereich sowie in Beziehung, Partnerschaft und Familie; persönliche Assistenz, privat und am Arbeitsplatz; praktische Erfahrungen der Integrationsfachdienste; das Verhältnis der technischen Weiterentwicklung technischer Hilfsmittel zu den steigenden Kosten für die Konsumenten und zu sinkenden Förderungen; mögliche Veränderungen in barrierefreiem Umfeld für Menschen mit Behinderung; Erfahrungs- und Meinungsaustausch der an der Umsetzung des Behindertengleichstellungspakets beteiligten Akteure.

Termin: 14. und 15. September 2006, jeweils ab 9.00 Uhr

Ort: Karl-Franzens-Universität Graz, Merangasse 70

Teilnahme: EUR 10,-. Voranmeldung aus organisatorischen Gründen erbeten, Vor-Ort-Anmeldung ebenfalls möglich.

Informationen: www.bco.co.at/oetag, Tel. 01 / 4032820, Fax DW 20

Gleiches Recht für gleiche Arbeit

Oder: Kann ein Gesetz die Diskriminierung berufstätiger Frauen bekämpfen?

Die Teilnehmer/innen haben die Möglichkeit, mit Christine Baur, der Regionalanwältin für Gleichbehandlung und Gleichstellung in der Arbeitswelt, über die Möglichkeiten der Durch- und Umsetzung des Gleichbehandlungsgesetzes in Vorarlberg sowie über seine Wirksamkeit vor dem Hintergrund eines sich zunehmend verschlechternden Arbeitsmarktes zu diskutieren.

Termin: 20. September 2006, 19.30 Uhr

Ort: FEMAIL, Fraueninformationszentrum Vorarlberg, Neustadt 36, 6800 Feldkirch

Information: www.femail.at

integra 2006

Fachmesse für Integration und Rehabilitation

Im September 2006 bildet das Messegelände Wels wieder eine Plattform für die Anliegen von alten, pflegebedürftigen oder behinderten Menschen, deren Angehörigen und allen Fachkräften aus dem Sozial- und Gesundheitswesen. Auf 11.000 m² Ausstellungsfläche bieten rund 200 in- und ausländische Anbieter bewährte wie auch innovative rechtechnische Produkte an, die das Leben behinderter und pflegebedürftiger Menschen erleichtern helfen. Geboten wird ein umfangreiches Bildungs- und Aktionsprogramm sowie ein künstlerisches Rahmenprogramm.

Eine Tageskarte kostet 6 Euro (5 Euro ermäßigt). Vom und zum Bahnhof Wels ist ein kostenloser Shuttledienst eingerichtet. Im Eintrittspreis sind alle Vorträge und die Teilnahme an den Aktionsprogrammen inkludiert. Für die mit 12 bis 60 Teilnehmern limitierten Workshops ist zudem ein Beitrag von 8 Euro vor Ort zu bezahlen.

Termin und Ort: 20. bis 22. September 2006, Messegelände Wels

Weitere Informationen: www.integra.at

Jugendbeschäftigung in der Europa Region Mitte

Weniger Grenzen – mehr Arbeit?

Den Themenschwerpunkt der ersten Österreichisch-Slowakisch-Ungarischen Arbeitsmarktkonferenz bildet die Beschäftigung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Durch den Informationsaustausch über Maßnahmen und Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit in Österreich, der Slowakei und Ungarn sowie über potenzielle Ansätze zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in diesem Bereich sollen die Erfolgchancen einer aktiven und

innovativen Arbeitsmarktpolitik zur Diskussion gestellt werden. Veranstaltet wird die Konferenz von L&R Sozialforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit.

Termin und Ort: 21. - 22. September 2006, Győr (Ungarn)

Informationen: Mag. Barbara Willsberger, Tel. 01 / 5954040-17, willsberger@lrsocialresearch.at
Thomas Eglseer, Tel. 01 / 5954040-30, eglseer@lrsocialresearch.at

Volkswirtschaft und Gesundheit: Investition in Gesundheit – Nutzen aus Gesundheit

Die österreichische Gesellschaft für Public Health (ÖGPH) stellt im Rahmen ihrer 9. wissenschaftlichen Jahrestagung die Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Gesundheit in den Mittelpunkt. Investition in Gesundheit bringt nachweislich einen Return on Investment für die Volkswirtschaften. Wie am wirksamsten in Gesundheit investiert werden kann, wie Gesundheitsförderung und Prävention verstärkt werden können, um die Reparaturmedizin zu entlasten, soll durch internationale Inputs in den Plenarreferaten und insgesamt sechs Workshops (plus einem Spezialworkshop „Soziologie und Gesundheit“) so abgerundet dargestellt werden, dass sich daraus konkrete Handlungsanleitungen für nächste Gestaltungsschritte in der österreichischen Gesundheitspolitik beziehen lassen.

Termin und Ort: 28. - 29. September 2006, Johannes Kepler Universität Linz

Anmeldung: Tagungsbüro der ÖGPH, Frau Simone Madlmayr, c/o OÖ Gebietskrankenkasse, Gruberstr. 77, A-4021 Linz. Tel.: 0732/7807-3221, Fax: DW 66 3221, E-Mail: simone.madlmayr@ooegkk.at

Teilnahmegebühr: für ÖGPH-Mitglieder EUR 40,-, ohne ÖGPH-Mitgliedschaft EUR 75,-

Informationen: im Internet unter www.oeph.at oder www.ooegkk.at/wissenschaft

Sexualität – (k)ein Thema für Therapeut/innen?

In vielen Therapie- und Beratungssituationen kann das Thema Sexualität zur Sprache kommen. Wieviel Fachwissen, spezielle Schulung oder Ausbildung brauchen Therapeut/innen, um kompetent mit geäußerten Problemen und Fragestellungen umgehen zu können? Können die Berater/innen gelassen und akzeptierend auf die Klient/innen eingehen und sie erfolgreich bei ihrer Problemlösung unterstützen? Oder ist es in diesem Fall ratsam, diese zu Spezialisten zu überweisen? Was können diese besser als ausgebildete Therapeut/innen und Berater/innen? Bei der Fachtagung kommen Expert/innen aus unterschiedlichen Richtungen mit heterogenen Arbeitsaufträgen zu Wort, zumal von einem einheitlichen Ansatz, von „der“ Sexualtheorie kann kaum gesprochen werden kann.

Termin: 29. September 2006, 8.00 – 18.00 Uhr und 30. September 2006, 9.30 – 12.45 Uhr

Ort: Landwirtschaftskammer, Auf der Gugl 3, 4021 Linz

Anmeldung: Beratungsstelle BILY, Weissenwolfstraße 17a, 4020 Linz, Fax: 0732 / 783905
e-mail: beratung@bily.info, Web: www.bily.info

Teilnahmegebühr: EUR 180,-, Anmeldeschluss: 01.09.2006

„Wenn Mädchen und Jungen überfordert sind...“

Vortrag von Bärbel Benzel vom Kinder Trauma Institut Offenburg über mögliche Folgen und hilfreiche Interventionen bei akuter Traumatisierung von Kindern und Jugendlichen. Frau Benzel bietet zudem einen Workshop an, in dem die Möglichkeit besteht, anhand von Fallbesprechungen das eigene Repertoire im Umgang mit akuter Traumatisierung zu erweitern und spezielle Fragestellungen zu vertiefen.

Termin: 12. Oktober 2006, 18.00 Uhr (Vortrag) und 13. Oktober 2006, 9.00 – 12.30 Uhr (Workshop)

Ort: FH Oberösterreich – Campus Linz, Studiengang Sozialarbeit, Garnisonstr. 21, 4020 Linz

Veranstalter: Kinderschutz-Zentrum Linz, Verein Hilfe für Kinder und Eltern, Langgasse 10, 4020 Linz, Tel. 0732 / 781666, Mail: kisz@kinderschutz-linz.at. Um Voranmeldung für den Workshop (Teilnahmegebühr: EUR 30,-) wird gebeten, da die Plätze begrenzt sind.

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:
Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Universität
Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:
10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:
KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:
Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Mag. Susanna Rothmayer,
Mag. Bettina Leibetseder

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:
Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Lektorat; Satz:
Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:
Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:
Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453